

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 35 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Streichband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,00 Mk. für das übrige Ausland 4 Mk. pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1894.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonelle über deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ das selbige Wort 20 Pf. (zweiwöchige 2 Pfennigwörter), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Wort über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraph-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 29. Juli 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Schwere italienische Verluste in den Kämpfen bei Görz.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 28. Juli. (W. T. V.) Mitteilung des Großen Generalstabes. Zwischen Duena und Njemen keine Veränderung. Kavallerie und Vorhutgefechte dauern fort. Südwestlich von Kowno wurde der Feind in der Nacht zum 27. Juli über den Fluß Zesia zurückgetrieben. An der Narewfront nahm die Hartnäckigkeit der Kämpfe in dem Abschnitt zwischen der Umgegend des Dorfes Dobroleka und in der Umgegend der Festung Nowo-Georgiewsk am 25. und 26. Juli zu. Die Offensive des Feindes auf dem linken Narewufer wurde durch unsere kräftigen Gegenangriffe aufgehalten. Viele Dörfer und Gehöfte gehen abwechselnd von einer Hand in die andere über. In dem Walde östlich von Rozan wird der Kampf sehr heftig. Am 26. Juli warf der Feind dort oberhalb von Sieraj starke Reserven in den Kampf. Aus beiden Narewfern mochten wir erfolgreiche Angriffe und zwangen einige Truppenteile des Feindes zu ungeordnetem Rückzuge. In der Umgegend des Dorfes Zepelin (?) machten wir 700 Deutsche zu Gefangenen und erbeuteten einige Maschinengewehre. Ein Gegenangriff des Feindes von dem Dorfe Konstantinow aus wurde mit Hilfe von Panzerautomobilen abgewiesen.

Auf dem linken Weichselufer warfen wir in der Morgendämmerung des 26. Juli den Feind, welcher eine Annäherung an die Front Nadarzyn-Biasceno versuchte, durch einen gelungenen Bajonetangriff zurück. Zwischen Weichsel und Wieprz herrscht mehr Ruhe. Westlich von Wieprz bis zum Bug dauert der Kampf fort. In der Gegend von Rakolup, Maidan und Ostrowski machten die Deutschen am Abend des 26. Juli Angriffe mit starken Kräften und nahmen einen Teil unserer Schanzen, wurden aber durch unseren Gegenangriff wieder zurückgeworfen. Die Angriffe der Deutschen nördlich von Grubieczow zeichnen sich andauernd durch einen ganz besonderen Nachdruck aus, aber wir weisen sie stets zurück. In der Umgegend des Dorfes Annabo machten unsere Truppen einen lebhaften Gegenangriff. Am Bug heftige Kämpfe in der Gegend Sokal-Poturzica, wo der Feind einen Teil seiner Truppen auf das rechte Ufer herübergeführt hat. Zwischen Dnjestr und Bruth fruchtlose feindliche Teilangriffe.

Auf dem Schwarzem Meer haben unsere Torpedoboote die Hafenanlagen in Samiun, Ume und Niza beschossen und an der kleinasiatischen Küste über 150 Segelfahrzeuge zerstört.

Der italienische Kriegsbericht.

Rom, 28. Juli. (W. T. V.) Bericht der Obersten Heeresleitung. Im Val Daone haben wir die Befestigung der Höhen des rechten Abhanges durch die Befestigung des Monte Labaned und der Gipfel des Bissola vervollständigt. Die feindliche Artillerie versuchte durch ihr Feuer von den beherrschenden Punkten des gegenüberliegenden Abhanges die Unternehmung zu stören, hatte dabei jedoch keinen Erfolg. Im Gebiet des Cadore erneuerte der Feind seinen Angriff auf den Monte Piano. Nach langer Vorbereitung durch Artillerie mittleren Kalibers gingen in der Nacht zum 26. Juli Infanteriegruppen zum Sturm vor. Obwohl sie durch das Feuer zahlreicher Maschinengewehre unterstützt wurden, sind sie vollständig zurückgeschlagen worden. Im Arn-Gebiete dauert der erbitterte Kampf fort trotz des Nebels, der wirksame Artillerieunterstützung verhindert. Im Abschnitt von Plava entwickelten sich die Unternehmungen zur Erweiterung des Brückenkopfes günstig weiter. Auf dem Karst dauerte die Schlacht gestern äußerst lebhaft fort. Längs der ganzen Front rückten unsere Truppen mit großem Schneid im Feuer vor, wobei es ihnen gelang, auf dem linken Flügel die sehr starke Stellung auf dem San Michele, die einen großen Teil des Hochplateaus beherrscht, zu erobern. Sie wurden jedoch von zahlreichen feindlichen Batterien jeden Kalibers unter heftiges Kreuzfeuer genommen und mußten sich etwas unterhalb des Stammes zurückziehen, wo sie sich jetzt behaupten. Im Zentrum drangen wir gegen den Sattel von San Martino vor, wobei die ihn krönenden Schützengräben und Verschanzungen mit dem Bajonette genommen wurden. Auf dem rechten Flügel wurde gegen Ende des Tages dank einer glänzenden Aktion durch das vollkommene Zusammenarbeiten zwischen dem Vornach der Infanterie und dem Feuer der Artillerie die Eroberung der Stellung auf dem Monte Sei Busi vervollständigt, indem der dort stark verschanzte Feind zurückgetrieben wurde. Ungefähr 3200 Gefangene, darunter ein Oberstleutnant und 41 andere Offiziere, sowie 5 Maschinengewehre, 2 kleine Bombenwerferkanonen, zahlreiche Gewehre, Munition, Lebensmittel und Kriegsmaterial bilden die Trophäen des blutigen Tages.

Cadorna.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 28. Juli 1915. (W. T. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nordwestlich von Souchez wurden einzelne von früheren Kämpfen her noch in der Hand der Franzosen befindliche Teile unserer Stellung nachts von schlesischen Truppen erstürmt. Vier Maschinengewehre sind erbeutet. In den Vogesen fanden in der Linie Lingekopf-Varrenkopf erbitterte Kämpfe statt. Französische Angriffe wurden durch Gegenstoß nach mehrstündigem Nahkampf zurückgeschlagen. Dabei sind auch die vorgestern abend verloren gegangenen Gräben am Lingekopf bis auf ein kleines Stück von uns zurückgewonnen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Mitau und dem Njemen wurden gestern noch etwa 1000 verstreute Russen zu Gefangenen gemacht.

Ostlich und südöstlich von Rozan schreitet unser Angriff vorwärts; Goworowo wurde genommen.

Nördlich von Serod beiderseits des Narew und südlich von Naselsel setzten die Russen ihre Gegenangriffe fort; sie scheiterten völlig. Der Feind ließ hier und bei Rozan 2500 Gefangene und 7 Maschinengewehre in unserer Hand.

Vor Warschau wurde westlich von Plonie der Ort Pierunow von uns erstürmt; in der Gegend südwestlich von Gora-Kalwarja wird gekämpft.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage bei den deutschen Truppen ist im allgemeinen unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 28. Juli. (W. T. V.) Amlich wird veröffentlicht: 28. Juli 1915, mittags.

Russischer Kriegsschauplatz.

Der Feind unternahm zwischen der Weichsel und dem Bug und bei Sokal eine Reihe heftiger, jedoch erfolgloser Gegenstöße.

Westlich Zwangorod brach ein feindlicher Vorstoß unter unserm Feuer zusammen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern ermatete auch der gegen das Plateau von Doberdo gerichtete Angriff der Italiener; stellenweise unterhielten sie noch ein heftiges Artilleriefeuer.

Ansonsten rafften sie sich nur mehr zu vereinzelten schwächlichen Vorstößen auf, die mühevoll abgewiesen wurden. In den Kämpfen großen Stils trat somit eine Pause ein. Wie die erste, so endete auch die ungleich gewaltigere zweite Schlacht im Görzischen mit einem vollständigen Misserfolg des angreifenden Feindes, der diesmal in dem ungefähr 30 Kilometer breiten Raum zwischen dem Monte Sabotino und der Küste sieben Korps mit mindestens 17 Infanterie- und Mobilmilizdivisionen einsetzte und um jeden Preis ohne Rücksicht auf Opfer an Menschen und Material durchzubrechen versuchte. Die Gesamtverluste der Italiener sind auf hunderttausend Mann einzuschätzen. Erst die Geschichte wird die Leistungen unserer siegreichen Truppen und ihrer Führer in dieser Abwehrschlacht werten. Unererschütterter und unerschütterlich stehen sie noch immer dort, wo sie vor zwei Monaten den Feind erwarteten. Dies gilt nicht nur von den in zwei Schlachten heiß umstrittenen Stellungen im Görzischen, sondern von unserer ganzen zur Verteidigung im Südwesten der Monarchie gewählten Kampffront.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Am 27. Juli früh unternahm unsere leichte Kreuzer und Torpedoeinheiten einen erfolgreichen Angriff auf die Eisenbahnstrecke von Ancona bis Pesaro und beschossen die Stationsanlagen, Bahnhofsmagazine, Wachthäuser und Eisenbahnbrücken an dieser Küstenstrecke mit gutem Erfolge. Mehrere Lokomotiven und zahlreiche Waggons wurden demoliert. Ein Bahnhofsmagazin in Fano geriet in Brand, der eine starke Explosion zur Folge hatte.

Gleichzeitig besetzten unsere Seeflugzeuge den Bahnhof, eine Batterie, Kasernen und sonstige militärische Objekte Anconas erfolgreich mit Bomben, wobei der Rangierbahnhof sehr stark beschädigt und viel rollendes Material zerstört wurde.

In einem Nachthaus entstand ein noch auf 30 Seemeilen sichtbarer Brand.

Alle Einheiten sind ohne Verluste eingerückt. Feindliche Seestreitkräfte wurden nicht gesichtet. Flottenkommando.

Die österreichischen Finanzen.

Der Ausgleich von 1867 regelte die Beziehungen Oesterreichs und Ungarns, die beide als selbständige Staaten zu einer Realunion verbunden wurden. Nur Armee und Flotte und die answärtigen Angelegenheiten blieben gemeinsam, für deren Erfordernisse auch ein gemeinsames Finanzministerium sorgt, das aber keine eigenen Einnahmequellen hat, sondern seinen Bedarf nach einer Quote (63,6 : 36,4) auf Oesterreich und Ungarn umlegt. Die österreichische Schuld beträgt 12 1/2 Milliarden Kronen, wovon 5,2 Milliarden auf die allgemeinen Schulden fallen, an deren Lasten Ungarn für 1,4 Milliarden teilnimmt. Der österreichische Finanzvoranschlag für 1914/15 balanziert mit 3,5 Milliarden Kronen und weist einen Fehlbetrag von 222,8 Millionen Kronen auf. Die Steuern sind sehr hoch und werden drückend empfunden, weil das Volkvermögen klein und die Akkumulationskraft gering ist. Im „Bank-Archiv“ sagt der bekannte österreichische Nationalökonom Hofrat Phillipovich: „Da auch alle anderen (als die Verzehrungssteuer) Steuern schon von jeher eine in Deutschland unbekannt hohe Höhe haben — Gebäudezinssteuern mit Zuschlägen von Gemeinden und Land bis 50 Proz., Steuern auf Aktiengesellschaften mit Zuschlägen bis zu 25 Proz., Befoldungssteuern von Beamten mit Zuschlägen bis 30 Proz. —, muß man sagen, daß für weitere Steuererhöhungen keine Reserven mehr vorhanden sind. Dasselbe dürfte für Ungarn gelten.“

Phillipovich weiß keine anderen Einnahmequellen, als Erparungen in der Verwaltung, insbesondere in dem Personalaufwande, der ein Drittel des Gesamtbudgets verschlingt und über eine Milliarde Kronen verlangt. Seine Gründe sind sehr beachtenswert. Er erzählt:

„Die Kommission für die Verwaltungsreform in Oesterreich hat durch einen nach Deutschland geschickten Hofrat die Kosten der dortigen Zentralstellen erheben lassen. Das Ergebnis war z. B., daß im preussischen Ministerium des Innern jährlich 80 000 nummerierte Akten von 35 Juristen und 65 Kanzleibeamten erledigt wurden und auf einen Akt 7,5 Kronen Gehalt entfallen. Im österreichischen Ministerium des Innern wurden 70 000 Akten von 135 Juristen und 250 Kanzleibeamten erledigt und ein Akt kostete 18,6 Kronen. (1) Ueber die Personalauskosten unserer Staatsbahnen bestehen verschiedene Ansichten. Von einer Seite wird eine große Ueberschneidung behauptet, von der anderen Seite selbst auf die schwächeren Betriebsverhältnisse hingewiesen. Immerhin ist folgende Tatsache auffallend: In der Verwaltungskommission wurde von einem Großindustriellen aus Willowitz (Zentrum von Kohlen- und Eisenindustrie) festgestellt, daß, als die diesen Ort passierende Bahn Privatbahn war, das Personal aus einem Stationschef und sechs Beamten bestand. Die Bahn wurde verstaatlicht und gegenwärtig sind an dieser Station ein Stationschef, sechs Stellvertreter und 35 Beamte, obwohl sich der Verkehr nur um 50 Proz. vergrößert hat. 17 dieser juristischen Beamten müssen Streckendienst machen.“

Der Ruf nach Sparankeit liegt auf der Zunge, aber so leicht das Verlangen ist, so schwer seine Verwirklichung. Oesterreich und Ungarn sind typische Nationalitätenstaaten. Vor dem österreichischen Staatsgrundgesetz sind alle Bürger gleich, alle Nationen haben das gleiche Recht auf den Gebrauch der landesüblichen Sprache in Amt, Schule und vor Gericht. Aber was die landesübliche Sprache ist, wieweit sie im inneren Verwaltungsdienste anzuwenden ist, wie die Nationen ihre kulturellen Sonderbedürfnisse befriedigen, wer die Rechte der Nationen wahren soll, die nicht als juristische Peripherien des öffentlichen Rechtes konstituiert sind — über alle diese fundamentalen Fragen schweigt sich die österreichische Verfassung aus. Die Nationen, denen das Recht keine Macht gibt, suchen die Macht zu erkämpfen. Sie erstreben die Befestigung einer möglichst großen Zahl von Beamtenposten durch ihre Volksgenossen, sie nationalisieren die staatlichen Funktionen und Funktionäre. Erparnisse in der Verwaltung lassen sich ohne ein neues Staatsrecht und ohne eine neue Organisation der Verwaltung nicht denken. Und gesetzt, dieses Riesentwerk ließe sich in wenigen Jahren durchführen, gesetzt, es ließen sich 300 Millionen Erparnisse machen, so würden sie gerade genügen, um das Defizit im Friedensetat zu decken.

In einer Broschüre über „Oesterreichs Finanzen und der Krieg“ sagen Hofrat Franz Meissel und Professor Spiehoff, zwei österreichische Patrioten, denen niemand Voreingenommenheit oder kritischen Uebereifer nachsagen wird:

„In der Hebung der Volksvertreter und der Beamter herrscht die unglückselige Auffassung, der Staat und seine Mittel seien die Quelle für die Deckung aller Wünsche und Bedürfnisse. Der Gedanke, für den Staat zu sparen, ist nicht nur der österreichischen Bevölkerung, sondern auch der Verwaltung fremd geworden. Ja, man steht öffentlichen Mitteln geradezu mit dem Gefühl der Verantwortungslosigkeit gegenüber. Der gegenwärtig herrschende Grundfalsch läuft nicht nur in persönlicher, sondern auch in sozialer Beziehung darauf hinaus, möglichst viel aus dem Staat herauszugiechen.“

Keiner der zitierten Publizisten gibt ein Mittel zur Lösung der Finanzprobleme, die durch den Krieg aktueller denn je werden. Philippovich macht überhaupt keine konkreten Vorschläge, und die beiden Prager Meißel und Spiethoff hoffen sich durch Erparungen und Steuererhöhungen, die sie im Gegensatz zu Philippovich in bescheidenem Umfang möglich halten, für Oesterreich eine Summe von 550 Millionen Kronen, wovon 220 Millionen Kronen zur Deckung des Defizits im Friedensetat abgezogen werden müssen. Berechnet man nach den sehr niedrigen Angaben von Professor Dr. Julius Wolff die Kriegskosten für Oesterreich bei einer Kriegsdauer von einem Jahr auf 720 Milliarden,*) die Sachschäden durch die Invasion auf 5 Milliarden Mark, so ergibt sich, abgesehen von der Einbuße am Volksvermögen und Volkseinkommen, ein unmittelbares Kriegserfordernis von 12,5 Milliarden Mark oder rund 15 Milliarden Kronen. Bei einer effektiven Verzinsung von 6 Proz. verlangt der Schuldendienst 900 Millionen Kronen, wovon nach der Quote ungefähr 580 Millionen Kronen auf Oesterreich entfallen. Da aber dieses nach der sehr optimistischen Rechnung von Meißel und Spiethoff nur 550 Millionen Kronen aufbringen kann und von dieser Summe noch ein Friedensdefizit von 220 Millionen Kronen zu decken ist, bleibt ein Fehlbetrag von rund 300 Millionen Kronen. Damit sind die Staatserfordernisse aber noch nicht erschöpft. Nicht allein die Kriegführung kostet, sondern auch die Umwandlung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft: Das Reetablisement von Heer und Marine, die

*) Der Reichstagsabgeordnete und Direktor des Reichsverbandes ungarischer Finanzinstitute Dr. Elemer Dantes gibt die Kosten des ersten Kriegsjahres im „Banfarchiv“ mit gutem Recht erheblich höher an als wir, nämlich mit 10,98 Milliarden Kronen oder rund 9 Milliarden Mark, worin aber die Unterstützung der Familienmitglieder der Soldaten nicht einbegriffen ist.

Wiederauffüllung der Vorräte an Munition und Proviant, der Ersatz zerstörter Befestigungen und versenkter Kriegsschiffe, die Wiederherstellung der Staatsbahnen, insbesondere ihres Fuhrparks, die Fürsorge für die versorgungsberechtigten Kriegsinvaliden und die Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern, die außerordentlichen Deckungsmittel zur Balancierung des Reichshaushalts in der Kriegszeit, teilweiser Ersatz von Ländern und Gemeinden geleiteten Kriegsfürsorge, die Wiedereinrichtung der zu Lazaretten und für andere Kriegszwecke gebrauchten öffentlichen Gebäude, und so fort. Die Kenntnis Oesterreich-Ungarns ist in Deutschland bedauerlich gering. Die österreichischen Publizisten werden ein gutes Werk mit der Darlegung konkreter Vorschläge über die Deckung der Kriegskosten tun. Denn im wesentlichen wird sich Oesterreich-Ungarn selbst helfen müssen. Schon in Deutschland ist die Verwindung von produktivem Kapital in Rentkapital groß genug, die Befürchtung vor einer langen, Handel und Gewerbe einschränkenden, die Arbeitslosigkeit mehrenden Geldsteuerung zu rechtfertigen. Deutschland kann zur Not nach Oesterreich-Ungarn Kapital exportieren, das dort produktiv angewandt wird, aber es kann keine oder nur wenige österreichische und ungarische Schuldtitel kaufen. Alle Arbeit muß darauf gerichtet sein, die inländische Wirtschaft zu intensivieren, die Kapitalanlage in Deutschland zu fördern und so die nach Kriegsschluß drohende Arbeitslosigkeit einzuschränken. Wenn Deutschland trotzdem Geld nach Oesterreich-Ungarn leiht, so kann dies nur gegen Erstattung eines guten Pfandes geschehen, eines Pfandes, das im wesentlichen in einer solchen staatlichen Organisation besteht, die das Maximum politischer und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit verbürgt. Aber über allem steht der kategorische Imperativ, daß durch solche Kapitalanlagen die politische Bewegungsfreiheit Deutschlands nicht eingeschränkt werden darf.

unternahm drei erfolglose Gegenangriffe. Die deutsche Artillerie beschloß den Schluchtpass.
Paris, 28. Juli. (W. L. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend: In Artois, im Abschnitt von Souchez begann wieder die Kanonade mit größerer Stärke. Die Stadt Arras wurde zweimal bombardiert. Ein beginnender Brand konnte schnell gelöscht werden. Eine Zivilperson wurde getötet. Zwischen Somme und Aisne die übliche Tätigkeit beider Artillerien. In den Argonnen heftige Kanonade auf der ganzen Front. Im Elsaß beendeten unsere Truppen heute die Eroberung einer sehr stark eingerichteten Stellung, welche die Deutschen auf 200 Meter Höhe über unseren Ausgangsschlüngen auf dem Kamme des Linge-kopfs, des Schrämme und des Varrénkopf besetzt hielten, das heißt auf einer Front von zwei Kilometern. Diese Höhen beherrschten das Hauptsechtal, sowie die große Straße von Notre-Dame des Trois Epis. Wir nahmen mehrere Offiziere und über 100 Mann gefangen, welche fünf verschiedenen Regimentern angehören.

Die Beschließung von Reims.

Lyon, 27. Juli. (W. L. B.) Nach dem „Nouveliste“ erzählen aus Reims eingetroffene Flüchtlinge, daß die letzte Beschließung am 22. Juli nachmittags begann und mit großer Hastigkeit den ganzen Nachmittag über anhielt. Die Beschließung wurde an den beiden darauffolgenden Tagen etwas weniger heftig fortgesetzt. Im ganzen seien etwa 1000 Schuß gegen die Stadt abgegeben worden. An vielen Stellen der Stadt seien Stände ausgebrochen, welche aber dank der Ausopferung der Feuerwehre gelöscht werden konnten. Besonders groß war die Zahl der Stände infolge der Beschließung in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag. Allein in diesen Stunden seien über 200 Granaten großen Kalibers auf die Stadt gefallen. Die Zahl der Toten und Verwundeten in der Zivilbevölkerung sei sehr groß.

Scharfe militärische Kritik in England.

London, 28. Juli. (W. L. B.) „Morning Post“ schreibt in einem Leitartikel: Deutschland hat eine fürchterliche Nacht im Osten zusammengebracht und treibt die Russen durch sein überlegenes Gewicht zurück, so daß die russischen Stellungen und Armeen gefährdet sind. Trotzdem haben wir von keiner Diversion an der Westfront gehört. Die britische Armee war untätig. Wir hatten wochenlang keine Meldungen von Bedeutung. Nichts ist geschehen während dieser Krisis, um den Verbündeten durch einen Druck in Flandern zu Hilfe zu kommen. Deutschland darf die Initiative ergreifen, strategisch ungestraft hier und dort zuschlagen. Wir behaupten 30 Laufgräben mit Schwierigkeit. Deutschland behauptet eine Linie von vielen hundert Meilen einschließlich Belgiens und eines Teiles von Frankreich und unternimmt diese gewaltigen Angriffe. Trotzdem schmeichelt sich das britische Volk, daß es einen angemessenen Teil am Kriege nimmt. Die Lage ist gefährlich und unbefriedigend. Wenn wir nur eine Linie von wenigen Meilen behaupten können, dann liefern wir keine sehr starken Gründe dagegen. Wir geben finanziell für die Linie von 30 Meilen ebenso viel aus, als Deutschland an allen Grenzen. Rußland und Frankreich wissen, daß wir nicht alles tun, was wir können, daß wir den Krieg verlängern, weil wir kaum mit halber Kraft kämpfen. Der Artikel schließt mit der Forderung der Wehrpflicht.

Der italienische Krieg.

Fliegerangriff auf Riva.

Innsbruck, 24. Juli. (W. L. B.) Nachdem sich schon bisher täglich feindliche Flieger in der Nähe von Riva gezeigt hatten, erfolgte am 23. Juli abends gleichzeitig ein Angriff von drei feindlichen Fliegern auf die Stadt, die mit acht Bomben belegt wurde, ohne daß jedoch nennenswerter Schaden angerichtet worden wäre. Die Flugzeuge wurden lebhaft beschossen, sind jedoch entkommen.

Der türkische Krieg.

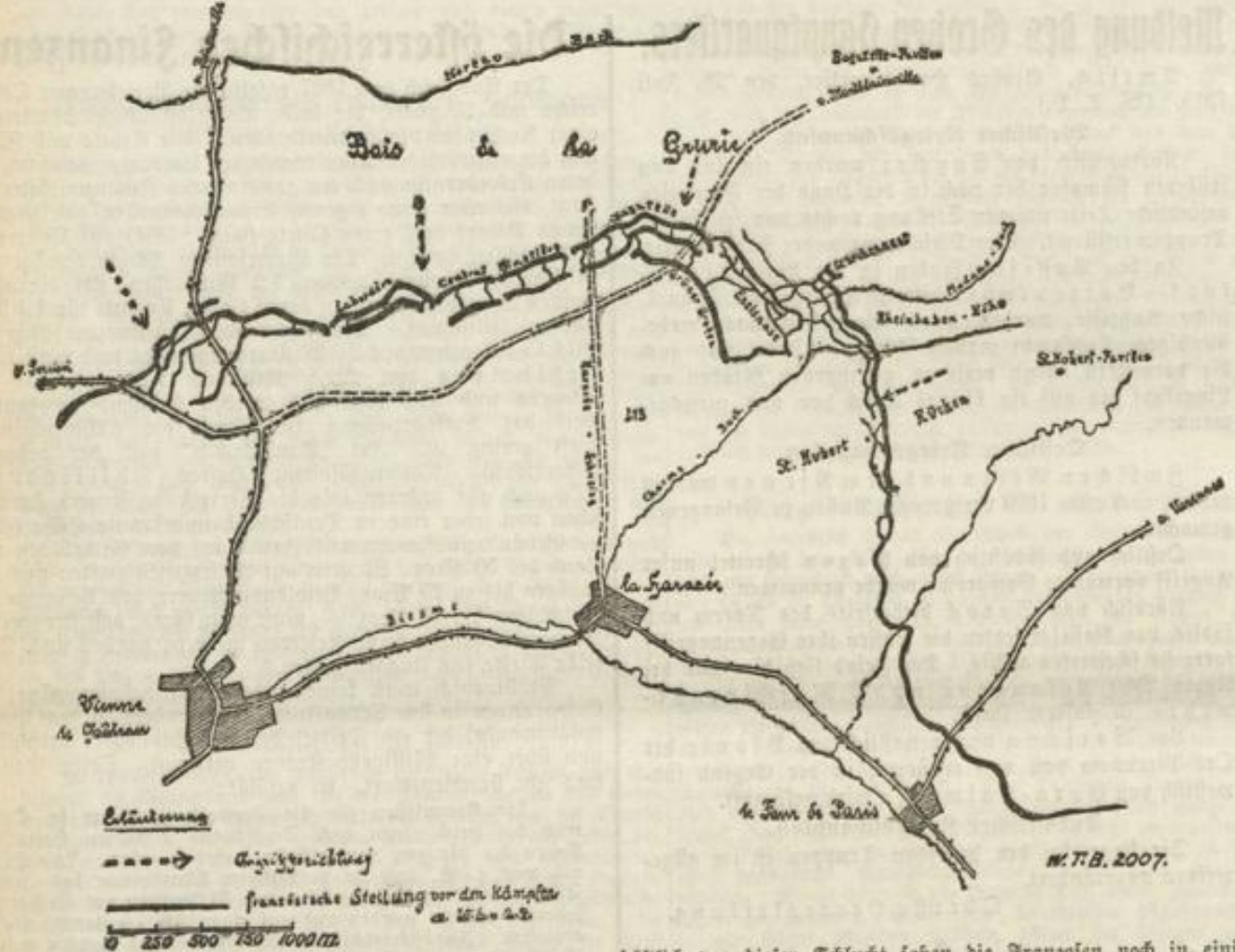
Die Schwierigkeit der Dardanellenkämpfe.

London, 28. Juli. (W. L. B.) Ashmead Bartlett schreibt in einem Brief von den Dardanellen vom 28. Juli: Die Mehrzahl der Verluste kommen bei der Verteidigung der gewonnenen Laufgräben vor, wo der Feind, der das Gelände besser kennt, mit Bomben angreift und den Nahkampf eröffnet. An der Front bei Kabisaba ist es gerade so, wie bei Souchez. Siege können ebenso wenig an einem Tage erfochten werden, wie in Frankreich. Die Abschnitte der Linie des Feindes müssen erst durch Artillerie zu Staub geschossen, dann erstürmt und schließlich gegen Gegenangriffe behauptet werden.

Der Seekrieg.

Vom U-Bootskrieg.

Aberdeen, 27. Juli. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der britische Fischdampfer „Emblem“ ist bei den Orkneyinseln von einem Unterseeboot versenkt worden. Die Besatzung wurde gerettet.
London, 27. Juli. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die norwegische Bark „Garnsmore“ hat in Lerwick 82 Mann gelandet; es sind die Besatzungen der von Unterseebooten versenkten Fischdampfer „Honoria“, „Hermione“, „Sutton“ und „Castro“. Die Besatzungen der versenkten Fischdampfer „Celtic“ und „Ghorna“ wurden in Stromness an Land gebracht, die der ebenfalls versenkten Dampfer „Koblyn“ und „Strathmore“ landeten in Dunt of Lewis.
Amsterdam, 28. Juli. (W. L. B.) „Nieuws van den Dag“ meldet aus Rotterdam: Der englische Dampfer „Gannet“, der gestern abend nach London ausgefahren war, meldete, er habe auf See in der Höhe von Waterweg ein Unterseeboot gesichtet. Darauf gingen die englischen Dampfer „Perth Fern“ und „Diomed“ vor Waterweg vor Anker. Es fuhr kein einziger Dampfer an diesem Abend mehr aus Rotterdam aus.
London, 28. Juli. „Daily Mail“ betont, daß das Unterseeboot das amerikanische Schiff „Zealand“ angerufen, gewarnt und der Mannschaft reichlich Zeit gelassen habe, in die Boote zu gehen und einen Teil ihrer Habe mitzunehmen.
London, 28. Juli. (W. L. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Stornoway, daß der norwegische Dampfer „Fimreite“ aus Bergen mit 8819 Tonnen Wasser verdrängung im Atlantischen Ozean von einem deutschen Unterseeboot versenkt wurde. Die Besatzung von 20 Mann ist am Sonntag früh in Stornoway gelandet worden.



Die Argonnenkämpfe

vom 20. Juni bis 2. Juli.

I.
Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben:
Unter geschickter Ausnutzung des unwegsamen Argonnen-Waldgebirges war es den Franzosen Ende September gelungen, starke Kräfte wie einen Keil zwischen die westlich und östlich der Argonnen kämpfenden deutschen Truppen zu treiben. Gleichzeitig von Montblainville und Barennes aus östlicher Richtung und von Nordwesten über Binarville drangen die Deutschen in die Wälder ein. Den geringsten Widerstand fanden die Teile, die an der Straße Barennes-De Four de Paris durch die Osthälfte der Argonnen vorgingen. Hier gelang es schnell, die Franzosen bis an das Tal der Wiesme bei Four de Paris zurückzuwerfen. Um den Rest des Keils in den westlichen Argonnen zu beseitigen, mußte die über das Moreau-Tal-Bagatelle-Pavillon-St. Hubert-Pavillon vorgebozene Stellung eingedrückt werden. Die beiden genannten Pavillons wurden nach einigen Tagen weggenommen. Dann aber kostete es Wochen und Monate der erbittertesten und blutigsten Nahkämpfe, um die Franzosen Schritt für Schritt und Graben für Graben zurückzudrängen. Es vergingen in den Wintermonaten keine acht Tage, ohne daß irgendwo dem Feinde ein Graben, ein Mochhaus oder ein Stützpunkt entrisen wurde, bald von kleinen Pionier- und Infanterieabteilungen, bald von größeren Verbänden bis zu Brigaden und Divisionen. Während die Franzosen sich mit zäher, unermüdlicher Widerstandskraft immer wieder an jedes keine Grabenstück und Postenloch klammerten, benutzten sie die so gewonnene Zeit, um sich hinter ihrer Front als neuen Rückhalt eine Reihe von Stützpunkten zu schaffen, die sie mit allen Mitteln moderner Feldbefestigungskunst ausbauten. Im Dezember hatten die von Osten vordringenden Truppen den Rand des tief eingeschnittenen Charme-Vachtals erreicht. Bald darauf, am 20. Januar, stürmten württembergische Regimenter drei starke, hintereinanderliegende französische Stellungen südlich von Moreau-Tales. So waren die Deutschen von beiden Seiten vor der Linie der neuen feindlichen Befestigungen angekommen. Auf dem Höhenrücken, der sich aus der Gegend des Bagatelle-Pavillons nach Westen über den Argonnenrand bis nach Seron hinzieht, lagen die besetzten Werke Labordère, Martin, Central, Cimetière und Bagatelle. Nach Südosten zweigt sich von diesem Höhenzug die sogenannte Eselnase ab, auf deren Rücken die Franzosen ebenfalls außerordentlich starke, etagenförmig angeordnete Stellungen ausgebaut hatten, die in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Bagatelle-Werk standen. Nach Osten und Südosten fallen die steilen Hänge der Eselnase in das tief eingeschnittene Charme-Vachtal ab, auch

östlich von dieser Schlucht sahen die Franzosen noch in einigen nahe verteidigten Stützpunkten, genannt „Storchennest“, „Rheinbabenhöhe“ und „St. Hubert-Rücken“. Ein Blick auf die Karte zeigt, welchen Wert für die Deutschen die Wegnahme der feindlichen Anlagen haben mußte. Wurden doch dann die Franzosen ihrer überhöhten, von der natürlichen Bodengestaltung zu Festungen geschaffenen Stellungen beraubt und auf die in das Wiedmetall abfallenden Berghänge in eine erheblich ungünstigere Lage zurückgedrängt.

So war also die Erstürmung der französischen Werke nördlich von der Straße Seron-Montblainville und an den Hängen des Charme-Vachtals das Ziel der unter der Führung des Generals v. Mudra in den Argonnen kämpfenden Truppen.

In mühsamer Arbeit und unter fortgesetzten Kämpfen arbeiteten sich Infanterie und Pioniere auf der ganzen Front mit Sappen und Minenstollen Schritt für Schritt bis auf Sturm-entfernung an die feindliche Hauptstellung heran. Die Franzosen ahnten, was ihnen blühte, denn sie schoben in letzter Zeit immer mehr Truppen in den schmalen Abschnitt der Westargonnen. Außer dem seit Januar dort befindlichen 82. Armeekorps wurden nach-einander die neuformierte 126. Infanteriedivision aus der Gegend nordwestlich von Verdun und die 150. Infanteriebrigade aus dem Bereich des 5. Armeekorps herangezogen. Mitte Juni war es schließlich so weit, daß der große Angriff ausgeführt werden konnte. Um für den entscheidenden Stoß gegen die Werke Central-Cimetière-Bagatelle-Eselnase die nötige Ellenbogenfreiheit zu gewinnen, mußten zunächst das in der rechten Flanke gelegene Labordèrewerk und die starken Stellungen an der Straße Binarville-Dienne le Château weggenommen werden. Dieser vorbereitende Angriff wurde am 20. Juni, der Hauptstoß am 30. Juni und 2. Juli ausgeführt.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 28. Juli. (W. L. B.) Der amtliche Bericht von gestern nachmittags lautet: Die Beschließung von Furnes und Dostdunkerque erwiderten wir mit Artilleriefeuer gegen das deutsche Truppenlager von Westende und Widdelkerque. Düntirchen wurde gestern abend von einem feindlichen Flugzeug mit fünf Bomben belegt, die keinen Schaden anrichteten. In Artois, im Abschnitt von Souchez Artilleriefeuer und Handgranatenkämpfe während eines Teiles der Nacht. In den Argonnen wurden zwei Angriffsversuche bei Layon und Binarville-La Harazée leicht abgesehen. In den Vogesen gelang es uns gestern abend, unsere Stellungen auf dem Kamme des Linge-kopfes auszudehnen und zu besetzen und das Joch zwischen Vinge und den Steinbrücken zu besetzen. Der Feind

Katmar, 28. Juli. (B. Z. V.) Die schwedische Brigg „Fortuna“, die von Halmstad nach West-Portlepool unterwegs war, wurde in der Nordsee von einem deutschen Unterseeboot in Brand geschossen. Die Besatzung wurde an Bord des Unterseebootes genommen und sodann auf einen gelaperten norwegischen Dampfer übergeführt, der nach Cuxhaven gebracht wurde. (Ann. des B. Z. V.: Es ist anzunehmen, daß die „Fortuna“ Vannware an Bord hatte.)

London, 28. Juli. (B. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus: Die Fischdampfer „Salacia“ und „Zenit“ sind gestern von Unterseebooten versenkt worden. Die Besatzungen wurden in Lowestoft gefoltert.

Das Fazit des Unterseebootkrieges.

Berlin, 28. Juli. (B. Z. V.) In der englischen Presse wird die Nachricht verbreitet, daß in den bisherigen 22 Wochen des Unterseebootkrieges 98 englische und 95 neutrale Handelsschiffe versenkt seien.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, stimmen diese Zahlen nicht. Es sind vielmehr bis 25. 7. von deutschen Unterseebooten im Kriegsgebiet versenkt:

229 englische,

30 andere feindliche,

6 mit feindlichen verwechselte neutrale Schiffe.

Außer diesen neutralen Schiffen sind weitere 27 neutrale von deutschen U-Booten angehalten, untersucht und wegen Führens von Vannware nach Brisenrecht versenkt worden, da sie nicht eingebracht werden konnten. Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß außerdem drei neutrale Schiffe von deutschen Unterseebooten infolge von Verwechslung angeschossen, aber nicht versenkt worden sind.

England und die amerikanische Note.

London, 28. Juli. (B. Z. V.) Einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus Washington zufolge hat Staatssekretär Grey dem Staatssekretär Lansing in einem Telegramm mitgeteilt, daß die englische Regierung eine neue Note an die Vereinigten Staaten vorbereitet, und ihn ersucht, die gestern abgegangene Note nicht vor dem Eintreffen der neuen Mitteilung zu veröffentlichen.

Manchester, 28. Juli. (B. Z. V.) „Manchester Guardian“ weist in einem Leitartikel auf die Stelle der Note Wilsons hin, in der der Präsident die Freiheit der Meere behandelt. Das Blatt sagt: Der Vergleich mit der Stelle in der deutschen Note läßt keinen Zweifel, was der Präsident trotz vielleicht absichtlicher Unbestimmtheit im Sinne hat. Die ganze Stelle sollte sehr genau gelesen werden. Sie bedeutet ganz klar, daß nach Wilson England gegen die Freiheit der Meere sündigt. Wir haben bereits einige Depeschen von Wilson hierüber und werden bald neue bekommen. Er lehnt es ab, mit Deutschland englische Eingriffe in die Freiheit der Meere zu erörtern, sagt aber, die Lage würde sich ändern, wenn Deutschland den Unterseebootkrieg aufgäbe. Dann könnten Amerika und Deutschland zusammen für die Freiheit der Meere eintreten. Die ganze Stelle sollte in England sehr erwogen werden.

Keine deutsche Antwortnote an Amerika?

Die „Voss. Ztg.“ bringt im letzten Abendblatt in Fettdruck folgende auffallende Meldung:

„Wie wir erfahren, wird die deutsche Regierung die letzte amerikanische Note zunächst nicht beantworten. Der U-Bootkrieg wird, ganz im Sinne des in unserem heutigen Morgenblatte veröffentlichten Artikels von Prof. Eduard Meyer, mit allem Nachdruck fortgeführt.“

Der in dieser Notiz erwähnte Artikel Professor Meyers gipfelt in folgender Auffassung der Politik Wilsons und der ihr gegenüber gebotenen Taktik:

„Seine Politik ist festgelegt und er kann nicht zurück; so kommt für ihn alles darauf an, für sie einen Erfolg zu erringen. Wenn Deutschland auch nur ein klein wenig nachgibt und vor seinen Drohungen einen Schritt zurückweicht, so ist dieser Erfolg erreicht, den er dann nach Kräften ausbeuten kann; dann ist seine Stellung aufs neue gefestigt, und er ist von der Glorie eines energischen und erfolgreichen Verteidigers der amerikanischen Interessen umstrahlt. Hat er keinen Erfolg, bleiben wir fest, so ist aller Voraussetzungen nach sein Spiel verloren; denn aus der Erklärung, daß er „eine Wiederholung von Handlungen, die Kommandanten deutscher Kriegsschiffe in Verletzung der neutralen Rechte begehen sollten, falls sie amerikanische Bürger betreffen, als vorfällige unfreundliche Akte betrachten müsse“, die letzte Konsequenz zu ziehen, das heißt Deutschland den Krieg zu erklären, dazu ist er gar nicht imstande, selbst wenn er den Wunsch hätte, da die friedliche Stimmung viel zu stark ist, als daß er die Wehrheit des Kongresses für eine Kriegspolitik gewinnen könnte. Ein derartiger Versuch würde nur zu einer inneren Krise führen, der die Regierung in keiner Weise gewachsen ist, ganz abgesehen davon, daß ihre Sorgen durch die Wirren in Mexiko und durch das drohende Gespenst der japanischen Gefahr aufs stärkste in Anspruch genommen sind. So ist seine Politik ein Versuch, durch kluges Auftreten einen Erfolg für seine Politik und seine Stellung zu gewinnen, der seine und seiner Partei Herrschaft für die nächste Zukunft sichert.“

Es wäre interessant zu erfahren, woher die „Voss. Ztg.“ ihre angebliche Information erhalten hat und was daran richtig ist!

Der Krieg und die Kolonien. Kämpfe in Ostkamerun.

Paris, 28. Juli. (Z. U.) Der Gouverneur von Französisch-Äquatorial-Afrika meldet einen neuen Erfolg der französischen Truppen in der Gegend des östlichen Kamerun. Nach „glänzenden“ Kämpfen in Morisco, Besam und Akham besetzte eine unserer Kolonnen am 27. Juli den wichtigen Posten von Lomo. Die ganze Gegend von Uzem hat sich gegen die Deutschen erhoben und die Bevölkerung gibt ihrer Sympathie für die Verbündeten Ausdruck. Die Deutschen, die sich zurückziehen, verüben und verbrennen die Dörfer. Unsere Truppen stoßen kräftig gegen Dschaposten vor und stellen die Verbindung mit einer anderen französischen Kolonne her, die eine starke Stellung im Norden und Nordosten bis nach Ngels besetzt hält.

Unruhen in Indien.

Amsterdam, 28. Juli. (B. Z. V.) Hier eingegangene amerikanische Zeitungen enthalten folgende Nachricht aus Manila vom 6. Juli: Offiziere und Besatzung des hier eingelaufenen spanischen Postdampfers „Alcanta“, welcher unterwegs Aden, Colombo und Singapur berührt hat, berichten über erste Unruhen in ganz Indien. Mehrere Aufstände hätten stattgefunden. In Colombo sollen rebellierende Eingeborene von englischen Truppen streng bestraft worden sein, nachdem mehrere Engländer ermordet und Läden

geplündert worden waren. Man habe das Kriegsgeschick verkündigt, die Europäer bewaffnet, die militärtauglichen Untertanen in die Arme eingestellt und Vorbereitungen getroffen, die weichen Frauen und Kinder nach Australien oder in ihre Heimat zu bringen. In Singapur hätten die Behörden alle englischen Untertanen zwischen 20 und 30 Jahren zu den Waffen gerufen. Auch unter der eingeborenen Bevölkerung im Norden von Borneo herrsche Unruhe.

An die Belgier.

Nach einer Meldung aus Brüssel hat der Generalgouverneur von Belgien, Generaloberst v. Bissing, soeben an die belgische Bevölkerung und an die Beamten, die im Lande geblieben sind, einen offenen Brief gerichtet, der die Irrtümer über die Rechte und Pflichten der deutschen Regierung im besetzten Gebiete aufklären und beiseitigen soll. Der Generalgouverneur beruft sich auf die §§ 42 und 43 der Haager Konvention, die der besetzenden Macht eines in Kriegszeiten genommenen Landes alle Ordnung der öffentlichen Verhältnisse anvertraut. In väterlicher Weise prägt der Generalgouverneur den belgischen Beamten die Tatsache ein, daß er zum Inhaber dieser Macht vom Oberhaupt des Deutschen Reiches ernannt worden sei, daß er seine Befugnisse aber nicht zum ausschließlichen Vorteil Deutschlands, sondern vor allem zum Wohle der belgischen Bevölkerung erfüllen wolle. Er verlangt deshalb von jedem Bürger und von den Beamten insbesondere, daß sie ihm die Durchführung seiner gesetzlich festgelegten Rechte und Pflichten nach Möglichkeit erleichtern und nur praktische Gegenwartspolitik treiben sollen. Zudem der Generalgouverneur ausdrücklich betont, daß er von keinem Belgier die Verleugnung seiner Ideale und seiner politischen und religiösen Überzeugung fordert, weist er endlich in strengem Ton darauf hin, daß er alle Bürger und Beamten ohne Unterschied des Standes bestrafen wird, die sich diesen natürlichen Forderungen der Stunde entziehen werden.

Ein flämisches Manifest.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Eine Anzahl führender Persönlichkeiten der flämischen Bewegung: Politiker verschiedener Richtung, wie der liberale Abgeordnete Cauwelaert und der Sozialist De Swarte, Schriftsteller wie Cyrill Van Nuyse und André de Ridder, Hochschullehrer und Advokaten, haben ein Manifest herausgegeben, worin sie ihre Anschauungen über die Zukunft der flämischen Nation darlegen. Ihre Kundgebung ist eine verdienstliche Tat, wie alles, was Klarheit schafft und Täuschungen und Selbsttäuschungen entgegenwirkt. An Selbsttäuschungen besonders hat es aber in Deutschland gerade in bezug auf die flämische Bewegung nicht gefehlt. Mancher Universitäts- und Gymnasialprofessor hat sich in Zeitungen und Zeitschriften in oft recht phantastischen Reden über eine sich dem Abschluß nähernde flämisch-deutsche kulturelle oder sonstige Gemeinschaft ergangen, sei es, daß er an ein „Rassengefühl“ appellierte oder gelegentlichen pangermanischen Redensarten, die einzelnen „Flaminganten“ in der Hitze des nationalen Streits mit den Wallonen entfremden waren, zu einer unnötig übertriebenen programmatischen Bedeutung aufbaute. Schließlich hat man auch einem Gruppen flämischer Nationalisten in Gent eine Bedeutung angegedichtet, die es schon unter den Verhältnissen, worunter es wirkt, nicht haben kann. Der verblüffende Mangel an nationaler Psychologie, den gerade manche deutsche Fachleute in Nationalismus im abgelassenen Jahre gezeigt haben, trat nicht minder in der plumpen Art hervor, womit man z. B. das durchaus unpolitische „Tagebuch“ des flämischen Dichters Stijn Streuvels politisch ausschachten wollte und man schließlich nur erreichte, daß der mit allzu absichtlicher Reklame Gepriefene die kompromittierlichen Ehrungen mit einer ungewöhnlichen Absage an die überfreundlichen Verehrer quittierte. Das jetzige Manifest ist in der Hauptsache eine ähnliche Erwiderung auf ähnliche Annäherungen, zugleich eine Verwahrung gegen eine von wallonischen Chauvinisten betriebene, mit mehr oder minder versteckten Denunziationen des flämischen „Unpatriotismus“ operierende Agitation. Der Grundgedanke des Manifests ist in folgenden Sätzen ausgedrückt: „Unsere Bewegung will der politischen Einheit Belgiens keinen Abbruch tun. Wir gehen von der Naturtatsache aus, daß Belgien aus zwei verschiedenen Sprachgruppen zusammengesetzt ist und daß es bloß dann, bei innerem Frieden und allgemeinem Fleiß, seine höchste und vollständigste Entwicklung erreichen kann, wenn beide Gruppen in ihrer eigenen Schönheit und in normalem Wuchs, ohne Beeinträchtigung ihrer gegenseitigen Rechte die Fülle ihrer Schöpfungskraft entfalten können.“

An diese Erklärung schließt sich eine sehr entschiedene Betonung des lokalen Bestehens an der bisherigen staatlichen Existenz Belgiens und an der Dynastie und ein Ausblick auf ein künftiges friedliches, gleichberechtigtes Nebeneinanderleben der Flamen und Wallonen.

Dieser Optimismus mag ungerechtfertigt und eine Verschärfung der nationalen Gegensätze in der nächsten Zukunft zu erwarten sein. Aber das eine zeigt die Kundgebung, daß mit der flämischen Bewegung als irgend einer für weltpolitische Neugealtungen auszunützierenden Kraft nicht zu rechnen ist. Und das verdient in jedem Fall berücksichtigt zu werden.

Um das parlamentarische Kontrollrecht in Frankreich.

Paris, 28. Juli. (B. Z. V.) Meldung der Agence Havas. Alle Kammergruppen hielten am Dienstag nachmittag getrennt Versammlungen ab, um die Frage einer Regelung des Kontrollrechtes der Parlamentsmitglieder zu erörtern. Die Gruppen betonten einstimmig die Notwendigkeit der Kontrolle. Einige Gruppen sprachen sich für eine vollkommen ständige Kontrolle aus, von der nur Militäroperationen ausgenommen sein sollen. Aber die Mehrzahl der Gruppen war für ein System, das den von den Gruppen mit genau festgelegter Richtlinie in aller Form beauftragten Parlamentsmitgliedern das Mittel sichert, ihre Aufgabe erfüllen zu können. Die Anhänger dieses Systems machten darauf aufmerksam, daß man an dem guten Willen der Regierung nicht zweifeln könne. Die Regierung habe wiederholt den Wunsch geäußert, mit den Parlamentsauschüssen Hand in Hand zu arbeiten und habe sich gewillt gezeigt, ihnen alle Erleichterungen für die Ermittlungen zu gewähren, soweit sie mit militärischen Notwendigkeiten vereinbar wären. Am Mittwoch wird eine neue Plenarsitzung der Abgeordneten aller Gruppen zur endgültigen Beschlußfassung stattfinden. Außer Viviani wohnten alle Minister, so weit sie Abgeordnete sind, den Sitzungen der Gruppen, welchen sie angehören, bei.

Behandlung deutscher Kriegsgefangener in Algier.

Thon, 27. Juli. (B. Z. V.) Nach dem „Thon République“ hat der Kriegsminister auf Anfrage erklärt, daß den in Algier internierten Kriegsgefangenen Deutschen genau dieselbe Behandlung zu teil werde, wie den Kriegsgefangenen in Frankreich.

Die schweizerische Zensur.

Bern, 27. Juli. Der Bundesrat hat heute eine Zensurverordnung erlassen, die folgende Bestimmungen enthält: Die militärische Preßkontrolle betrifft ausschließlich militärische Nachrichten. Sie wird ausgeübt gemäß der Verordnung über militärische Nachrichten. Die politische Preßkontrolle betrifft alle für die Öffentlichkeit bestimmten Druckschriften in Schrift und Bild mit Einschluß ähnlicher Vervielfältigungen. Behufs einheitlicher Handhabung bildet der Bundesrat eine Preßkontroll-Kommission von 5 Mitgliedern, wovon 2 Vertreter des Vereins Schweizer Presse sind. In bezug auf Verwarnung und Suspendierung inländischer Preßorgane hat die Kommission keine Entscheidungsbezugnis, sondern nur den Auftrag, beim Bundesrat von Fall zu Fall Anträge zu stellen. Dagegen ist die Kommission befugt, zu verbieten die Einfuhr und Beförderung in unerschlossenen Postverbindungen, die Auspostung oder Vertreibung von Druckfachen, welche die guten Beziehungen der Schweiz zu anderen Mächten gefährden, mit der Neutralitätsstellung der Schweiz unvereinbar sind oder unter die Verordnung betreffend die Beschimpfung fremder Staatsoberhäupter fallen. Zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen der Preßkontroll-Kommission oder Polizeiverfügungen, die gestützt auf jene, erlassen worden sind, werden gemäß der Verordnung betreffend die Strafbestimmungen für den Kriegszustand bestraft. Die Zensurverordnung tritt am 31. Juli in Kraft. Ueber den Zeitpunkt der Außerkräftsetzung wird der Bundesrat Beschluß fassen.

Zuspitzung des türkisch-italienischen Konflikts.

Rom, 27. Juli. (B. Z. V.) Meldung der Agenzia Stefani. „Idea Nazionale“ meldet aus Rhodos: Hier ist ein amerikanischer Kreuzer mit einigen hundert Italienern an Bord, welche aus den Gebieten an der kleinasiatischen Küste geflüchtet waren. Der Kreuzer war auch nach Mersina gefahren, um zahlreiche Italiener aufzunehmen, die abreisen wollten, denen aber von den Behörden Mersinas die Abreise nicht gestattet wurde. Die Italiener waren somit der Willkür der Behörden ausgesetzt und mußten bleiben. „Idea Nazionale“ betont, daß die Türkei die Provokationen und feindseligen Akte gegen Italien fortsetze. Außerdem dauere die Entsendung deutscher und türkischer Offiziere und Kriegsmaterials nach Tripolitani an. Das Blatt zieht daraus den Schluß, daß das Maß voll ist und daß die Absichten der Türkei offensichtlich sind. Wenn die Türkei Italien den Zehbehandelschuh hinwerfen wolle, so sei Italien bereit, ihn aufzuheben. Das Blatt schließt: Wir werden von der Türkei durch überzeugende Mittel die Entschädigungen erzwingen, welche sie uns schuldet.

„Giornale d'Italia“ erklärt in Besprechung derselben Nachricht, die Haltung der Türkei sei nicht zu rechtfertigen und unqualifizierbar. Man müsse deshalb binnen kurzem wissen, was die Türkei gegenüber Italien tun wolle. Man müsse Richtlinien annehmen, durch welche die juristische und politische Lage Italiens gegenüber der Türkei klargestellt würde. Italien sei auf jede Möglichkeit vorbereitet.

Ein türkisch-bulgarisches Abkommen?

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus London: Der „Times“ wird aus Sofia berichtet: Das Abkommen, wonach an Bulgarien die Dedeagatsch-Eisenbahn abgetreten wird, wurde am 22. Juli in Konstantinopel unterzeichnet. Das gesamte Gebiet westlich des Flusses Maritza wird bulgarisch. Das Übereinkommen schließt keinerlei politische Verpflichtungen für beide Teile ein.

Weiter meldet die „Times“ aus Sofia, Bulgarien verpflichtete sich ebenso wenig neutral zu bleiben, wie die Durchführung der Kriegskontakts nach der Türkei zu gestatten. Nach dem neuen Abkommen erhält Bulgarien die Eisenbahn, die durch die Türkei geht, in ihrer ganzen Ausdehnung. Rund um Kara, bei dem Bahnhof von Adrianopel, macht Bulgarien Anspruch auf eine Zone von etwa 2000 Metern. Falls ihm dies zugestanden wird, wird eine neue Eisenbahn angelegt werden, die der Türkei einen neuen unabhängigen Zugang zu Adrianopel verleiht.

Der „Lokal-Anzeiger“ bemerkt zu dieser Meldung:

„Diese englische Meldung soll wohl nur ein Versuchsballon sein, denn wie schon aus der Meldung unseres Korrespondenten aus Sofia hervorgeht, dauern die Verhandlungen zwischen Bulgarien und der Türkei zurzeit immer noch an.“

Theodor Wolff legt im „Berliner Tageblatt“ Nachdruck auf ein bulgarisch-griechisches Abkommen zur Ergänzung des bulgarisch-türkischen.

Bestrafte Plünderer deutscher Läden.

Vor dem Gericht in Leeds wurden 17 Personen zu zwei bis 15 Monaten Zwangsarbeit verurteilt, weil sie an den Unruhen in Goldhorpe nach der Versenkung der „Lustania“ beteiligt waren. Der Richter sagte nach „Morning Post“ vom 24. Juli, die Unruhen wären eine Schande für die gesamte Bevölkerung.

Letzte Nachrichten.

Die Tätigkeit der U-Boote.

London, 28. Juli. (B. Z. V.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der dänische Dampfer „Else“ hat in Lynemouthe die Besatzung der norwegischen Bark „G. V. Garbit“ gelandet, die am Sonntag von einem deutschen Unterseeboot in Brand gesteckt worden war.

Die Arsenalexplosion auf Malta.

Mailand, 28. Juli. (B. Z. V.) Zur Explosion im Marinarsenal auf Malta meldet „Secolo“ noch folgende Einzelheiten: Die furchtbare Explosion rührte vom Plaken einer Mine her, die mit vielen anderen in derselben Kaserne untergebracht war. Die Explosion, die am helllichten Tage erfolgte, sprengte die Kaserne in die Luft. Ungefähr dreißig Arsenalarbeiter und Matrosen wurden getötet. Das Arsenal befindet sich im Dorfe Englea in der Nähe von Valetta. Die Heftigkeit der Explosion war so stark, daß große, ins Meer geschleuderte Trümmer ein im Hafen befindliches Hospitalschiff trafen, an dessen Bord verschiedene Leute verwundet wurden.

Politische Uebersicht.

Hausfuchungen in Dresden.

Im Verbandsbureau und in der Wohnung des Bevollmächtigten der Friseurgehilfen in Dresden, Genossen Frenzel, wurde am Montag zum dritten Male gehäusucht. Man fandete nach der Zeitschrift „Die Internationale“.

Das gegenwärtige Versammlungsrecht.

In einem kleinen Orte bei Dresden wurde eine geschlossene Mitgliederversammlung abgehalten. Dazu hatte der Vertrauensmann durch Handzettel eingeladen, die öffentlich verteilt wurden, so auch in der Nähe des Bahnhofs.

Der Landwirtschaftsminister für höhere Getreidepreise.

Zu den Darlegungen der „Berliner Neuesten Nachrichten“ über die Haltung des Landwirtschaftsministers in der Höchstpreisfrage bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Dass der Herr Landwirtschaftsminister eine erste, nicht zu umgehende Pflicht“ erfüllte, indem er sich für eine mäßige Erhöhung der Getreidepreise gegenüber dem Stande von vorigen Herbst einsetzte, ist im Hinblick auf die tatsächlichen Verhältnisse, wie sie ja auch von amtlicher Seite anerkannt und festgestellt worden sind, nur selbstverständlich.

Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt sich also ausdrücklich hinter den Landwirtschaftsminister und erklärt auch jetzt noch die Beibehaltung der Getreidehöchstpreise weder für sachlich

zweckmäßig noch für gerecht. Aus — übrigens unbegründeter — Furcht, die Interessen der Landwirte könnten beeinträchtigt werden, empfiehlt sie nach wie vor Erhöhung der Getreidepreise ohne Rücksicht auf das Interesse der breiten Schichten an möglichst billigen Brotpreisen.

Fleischlose Tage in Deutschland.

In seiner letzten Gesamt-Vorstandssitzung nahm der Deutsche Fleischerverband Stellung zu der Frage der Einführung fleischloser Tage in Deutschland. Es wurde mitgeteilt, dass neuerdings die Reichsregierung nach dem Vorbilde von Oesterreich-Ungarn fleischlose Tage einzuführen beabsichtigt.

Errichtung einer Milchzentrale in Nürnberg.

Die Kriegsnot hat städtische und staatliche Behörden schon mehrfach gezwungen, zu sozialen Maßnahmen zu greifen, die früher als „sozialistisch“ verächtlich waren und als ein „Sprung in den Zukunftsstaat“ entschieden abgelehnt wurden.

Keine Bürgerschaftswahlen in Lübeck.

Die Lübecker Bürgerschaft beschloß in ihrer Sitzung am 26. Juli, die nach der Verfassung in diesem Jahre erforderlichen Wahlen zur Bürgerschaft um ein Jahr zu verschieben, weil Tausende von Wählern im Felde stehen und so von der Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen wären.

Die Schweizerstädte gegen den Lebensmittelwucher.

Aus der Schweiz wird geschrieben: Wenn auch die Lebensmittelpreise in der Schweiz während der Kriegszeit etwas niedriger sind, als z. B. in Deutschland, so sind sie aber doch erheblich höher als vor dem Kriege und lasten schwer auf dem lohnarbeitenden Volke.

Aus der Partei.

Französisch-deutsche Sozialistenkonferenz.

Zu der gestrigen Meldung des Wolffschen Telegraphen-Bureaus erlaubt uns der Parteivorstand mitzutheilen, daß ihm und den Genossen Haase und Kautsky von einer solchen Konferenz nichts bekannt ist.

Sozialismus und Krieg.

Am 15. Juli veröffentlichten wir einen Artikel Eduard Bernsteins über die Stellung Engels' zu einem europäischen Krieg. Dieser Artikel knüpfte an einen Aufsatz des Genossen Luard an.

„Krieg und Engels nehmen den Krieg als eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen kapitalistischen Interessen, mit der auch der Sozialismus rechnen und die er in seine Politik einstellen muß.“

Im Jahre 1859 gab es nirgends in Europa eine organisierte politische Partei der Arbeiterklasse. Engels, Marx, Lassalle sprachen als Einzelpersonen. Keiner organisierten Partei verantwortlich, warfen sie ihre Flugblätter — obendrein anonym — als Gärungstoff auf den Büchermarkt.

Der Vorstoß in Kurland.

III. Der Feind von oben.

Hofzumberge, 19. Juli 1915.

Am 18. Juli nachmittags gegen 5 Uhr reiten Kavalleristen im flotten Tade auf der Straße von Doblen nach Ritalu zu. Sie haben an diesem Tage schon fünfzig Kilometer zwischen sich und dem letzten Quartier gelegt. Radfahrer gleichen hart am Begrenze dahin. Reichliche 80 Kilometer haben sie zurückgelegt.

Seit gestern hat ein neuer Faktor die Summe der Leistungen noch gewaltig gesteigert. Nachmittags begann es zu regnen. Zuerst ein Windabengischer, dann folgte ein kurzer, aber heftiger Guß. Die vorbereitenden, radelnden und marschierenden Soldaten schüben sich gegen den Feind von oben so gut es gehen mag durch das Umhängen von Zeltdächern.

Die Kavallerie bricht den Kampf gegen die befestigten Stellungen im Walde östlich Weder erst in später Nachtstunde ab. Zum Teil findet sie in dem Ort, den noch vor wenigen Stunden die Russen besetzt hielten, räumlich sehr beengtes Quartier.

Der frühmorgens ausgegebene Befehl dirigiert einen Teil der vor Weder angekommenen Truppen über Doblen zurück; das nächste Marsziel ist Hofzumberge. Um dorthin zu gelangen, muß der Gegner erst noch aus dem von ihm verteidigten Auspost hinabgejagt werden.

Luzhof ist schnell erobert; eine vorgeschobene starke Patrouille vertrieb die Nachhut der Russen. Aber hinter dem Ort stellt sich dem Vormarsch der Truppe ein anderes unbequemes Hindernis entgegen. Der Gegner hat die über die vorbeistehende Ausführende Brücke zerstört. Bei gutem trockenem Wetter und ausgebreitetem Boden hätte der zirkel 4 Meter tiefe und fast 20 Meter breite Einschnitt im Wege das Vorrücken kaum um Minuten verzögert.

Pioniere sofort mit dem Neubau der zerstörten Brücke, aber man wollte ohne Aufenthalt vorwärts, dem fliehenden Gegner nach. Er sollte nicht Zeit finden, sich zu sammeln und starke Stellungen einzunehmen. Das erste Auto rutschte die Böschung hinab und geriet in ein Loch. Der Motor rattert und pufet, Mannschaften springen herbei; bis an die Knie im Schlamm verfinstert, helfen sie schieben. Der Wagen kommt los; noch wenigen Schritten sitzt er wieder fest; dreißig bis vierzig Hände greifen wieder zu und er leuchtet weiter.

Man braucht Marx und Engels gegen diese Unterstellungen — von der „Anonymität“ lieber gar nicht zu reden! — nicht in Schutz zu nehmen. Sie hätten sich 1839/40 beide mehr als kräftig dagegen verwahrt, wenn ihnen jemand vorgeworfen hätte, sie schrieben nur als „Einzelpersonen“, nicht gerade als Vertreter der sozialistischen Weltanschauung, oder sie schrieben so, weil sie niemandem verantwortlich seien, oder sie pakteten sich dem Begriffsvermögen eines bürgerlichen Publikums an — wie sich auch heute kein wissenschaftlich arbeitender Sozialist solcher faulen Entschuldigungen bedienen dürfte. Diese sind lediglich aus der Not der unhaltbaren Stellung geboren, die Bernstein gegenüber dem gefühlsfreien Wirklichkeitsprinzip von Engels behaupten will, weil ihm heute bei ähnlicher Lage die Bekenntnisse von Engels un bequem sind.

Trotzdem hält er es für nötig, weitere Dämme gegen ein Mißverstehen von Engels aufzubauen. Und da ist sein Hauptargument, daß wir heute unter ganz veränderten Verhältnissen leben; auf sie trafen Engels' Kriegsberechnungen nicht mehr zu. ...

Ich weiche von Bernstein in zweierlei Richtung ab. Erstens in ein guter Teil der Engels'schen Kriegsurteile von 1860 so allgemein und bestimmt grundsätzlich, daß er über jene Zeit hinausreicht. So, wenn er sagt, daß wir dafür sorgen sollten, im eigenen Haus eins und hart zu sein. Die Bedeutung dieses Wortes geht meines Erachtens weit über die Reichsgründung von 1870 hinaus. Und zweitens: die politischen Veränderungen seit 1860 sind bei der Andauer der kapitalistischen Herrschaft für einen sozialistischen Beurteiler wirtschaftspolitisch nicht so tief und wesentlich, als daß sie Engels' Kriegsurteile viel alterieren könnten. Bernstein stellt in dem napoleonischen Kaiserreich von damals den Hauptstänker von Europa. Engels dagegen meint ganz richtig, daß es Rußland ist, und wir erleben, daß die französische Republik weder durch ihre „Demokratie“, noch durch ihre Teilnahme an Friedenskonferenzen davor geschützt wird, nach wie vor des Jaren gefügiges Werkzeug zu sein. Es ist auch ganz falsch, wenn Bernstein meint, ich überläße, daß uns Engels einen revolutionären Wegweiser zum Krieg und durch den Krieg für unsere Partei gab. Ganz im Gegenteil: ich meine, der Wegweiser sei heute noch für uns sehr wertvoll. Wir brauchen ihn so gut wie 1860, um geschichtlich-wirtschaftlich zu verstehen, wie bürgerliche Demokratien à la England und Frankreich aus kapitalistischen Wettbewerbskämpfen in einen kriegerischen Bund mit Rußland gegen Deutschland kommen. Und Bernstein sollte seine neue Belehrung lieber nicht so reich an die Stelle der „alten“ durch Engels und Marx setzen. Damit ist auch die für eine wirklichere Polemik von Bernstein gemachte Erfindung erledigt, daß ich Engels als Schwurzeugen für den Nationalliberalismus in Anspruch genommen hätte. In meinem Aufsatz wird man vergeblich nach einer Spur davon suchen, und es geht doch nicht an, alles, was man nicht widerlegen kann, einfach — Nationalliberalismus zu nennen.

Schließlich habe ich niemals den französischen Genossen das Recht bestritten, ihr Vaterland zu verteidigen, wenn eine Zwangslage sie dazu nötigt. Da unterliegen sie denselben kapitalistischen Notgesetzen wie wir. Was ich von ihnen deutlich verlangte, war etwas ganz anderes. Sie möchten ihre unerträgliche Einseitigkeit aufgeben und nicht länger nur uns Deutsche, auch uns deutsche Sozialisten, als Träger kapitalistischer und militaristischer Schuld ansehen und bezeichnen, wo es sich um kapitalistische und militaristische Ursachen und Folgen in allen kriegerischen Ländern ohne Ausnahme handelt. In diesem Sinne war und bleibt Engels besserer Internationalist als die Querde, Sembat und Vandervelde. Er erkannte die internationale Kriegsschuld des Kapitalismus und war doch stark und vorurteilsfrei genug, auch als Sozialist zu fordern, daß sich Deutschland mitten darin wirtschaftlich und politisch behaupten dürfe.

Aus den Organisationen.

Die Vorstandskonferenz des Sozialdemokratischen Vereins des Wahlkreises Altona-Neuzell, die von 38 Mitgliedern der Ortsgruppenvorstände besucht war, hat mit allen gegen eine Stimme dem von der Bezirksleitung des niederrheinischen Agitationsbezirks angenommenen und an Parteivorstand, Fraktion und Ausschuss gesandten Memorandum ihre Zustimmung erteilt. In dem darin vertretenen Forderungen erneut zum Beschluß erhoben.

Zu Punkt 3 der in dem Memorandum enthaltenen Forderungen wurde folgender Zusatzantrag angenommen: „... sowie gegen die Herabsetzung der Parteimitgliedschaften von rechts und links in Rede und Schrift.“

Des weiteren wurde ein Antrag angenommen, der wie folgt lautet: „Die Konferenz erwartet von dem Parteivorstand, daß der Kampf gegen den unerhörten Lebensmittelpreiser mit aller Energie aufgenommen wird, und spricht die Erwartung aus, daß der Parteivorstand mit allem Nachdruck von der Reichsleitung durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung der neuen Ernte für die Volksernährung verlangt, um dadurch eine Linderung der drückenden Teuerung zu erlangen.“

Zur Haltung der Reichstagsfraktion in der Kriegskredit- und Budgetbewilligungssache und den Vorgängen in der Partei nahmen am vorigen Sonntag zwei Vertrauensmänner-Versammlungen des 22. und 23. sächsischen Reichstagswahlkreises in Reichenbach und Plauen Stellung. Die Vertrauensleute des 22. Kreises nahmen nach einem Referat des Bezirkssekretärs Genossen Meier-Weidau folgende Entschliebung einstimmig an:

Die am 25. Juli in Reichenbach i. V. versammelten Vertrauensleute des sozialdemokratischen Vereins für den 22. sächsischen Reichstagswahlkreis erklärten sich mit der Willensumgebung des Parteiaususses vom 1. Juli einverstanden.

Mit aller Entschiedenheit protestiert die Konferenz gegen die beabsichtigte Erhöhung der Nahrungsmittelhöchstpreise. Sie begrüßt den am 16. Juli vom Parteivorstand und der Generalkommission der Gewerkschaften erlassenen Aufruf gegen den Lebensmittelpreiser und erwartet, daß die genannten Körperschaften mit der Reichstagsfraktion auch fernerhin mit aller Entschlossenheit die wucherischen Wucherer bekämpfen, damit die ausreichende Ernährung des Volkes in jeder Hinsicht gewährleistet wird.

Gegen den Absatz 1 dieser Entschliebung erklärte sich nur ein Genosse.

In der Konferenz des 23. Kreises wurde nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Jädel und längerer Debatte zunächst eine Resolution abgelehnt, welche die bisherige Bewilligung der Kriegskredite und des Budgets verurteilt, jede fernere Bewilligung derselben ablehnt und im weiteren sich gegen die Beschlüsse des Parteiaususses in seiner Stellung zur Minderheit und zur Rundgebung der Genossen Haase usw. wendet. Für diese Resolution stimmten nur drei Genossen.

Die Konferenz nahm sodann gegen 16 Stimmen von ungefähr 110 anwesenden Vertretern folgende Resolution an:

Die Vertrauensleute des 23. sächsischen Wahlkreises stellen sich in Sachen der Kriegskredite auf den Boden der Beschlüsse des Parteivorstandes und des Parteiaususses.

Sie danken den Parteinstanzen für die zahlreichen Rundgebungen zum Zwecke der Herbeiführung.

Ganz besonders notwendig erscheint den Vertrauensleuten entscheidende Proteste gegen die von den einflussreichsten wirtschaftlichen, fast die gesamte bürgerliche Welt Deutschlands repräsentierenden Körperschaften.

Sie verurteilen die vergessene Tätigkeit jener Anhänger der Minorität, welche, in Sondergruppen organisiert, die Partei im In- und Auslande, in Flugblättern und Presseartikeln schmähend und herabsetzen.

In Sachen des Aufrufs der Genossen Haase, Kautsky sind die Vertrauensleute der Meinung, daß es Pflicht des Parteivorstandes ist, vor Erlaß solcher Publikationen seine Absicht dem Parteivorstand vorzutragen. Sie lehnen es aber ab, aus dem Einzelst

zu folgern, daß Haase als Vorkämpfer unmöglich sei. Dabei gedenken sie der zahlreichen Verdienste, die Genosse Haase sich in diesen Kriegsmontaten um die Geschäfte und die Geschlossenheit der Partei erworben hat.

Soziales.

Ein ungeeigneter Werkmeister.

„Sie sind der Schlosser Braghilla?“ fragte der Vorsitzende des Innungsschiedsgerichts beim Eintritt in die Verhandlung des Klägers. Dieser warf sich im Gefühl gekränkter Berufschere stolz in die Brust und antwortete mit Nachdruck: „Ich bin kein Schlosser. Ich bin geprüfter Bauingenieur und war bei der Firma Arnheim als Werkmeister angestellt.“

So war es in der Tat. Die Firma Arnheim hatte dem Bauingenieur Braghilla den Posten eines Werkmeisters übertragen. Aber schon nach wenigen Tagen stellte sich heraus, daß die Firma mit diesem Engagement einen schlechten Griff gemacht hatte und froh war, den neuen Werkmeister wieder loszuwerden. Der Direktor, welcher seine Firma vor dem Schiedsgericht verteidigte, sagte: Braghilla verstand nicht die Arbeiter zu behandeln. Dadurch hat er Streitigkeiten verursacht und uns vor die Gefahr eines Streiks gestellt. Aus den weiteren Angaben des Direktors und eines Zeugen ging hervor, daß Braghilla die ihm unterstellten Arbeiter und Arbeiterinnen in einer Weise behandelte, die sich kein ehrerbietender Mensch gefallen lassen kann. Wer ihm etwas nicht rechtmachte, der bekam Grobheiten und rohe Schimpfwörter zu hören, und bei den Arbeiterinnen soll er sich durch Redensarten, welche die weibliche Ehre verletzen, besonders unbeliebt gemacht haben. Eines Tages hatte Braghilla durch sein Betragen einen wahren Tumult unter den Arbeiterinnen hervorgerufen. Ein in der Fabrik beschäftigter Schlosser trat für seine gekränkten Kolleginnen ein und stellte dem Werkmeister zur Rede. Dieser wies den Verteidiger der Arbeiterinnen ab mit den Worten: „Was geht Sie das an, Sie Maulaffe!“ Hierauf erhielt der Werkmeister von dem Schlosser sofort eine fühlbare Antwort. Ob diese in einer oder mehreren Ohrengeigen bestand, ist nicht festgestellt. Dieser Angriff rief begeistertenweise eine allgemeine Aufregung hervor. Auch andere Arbeiter ergriffen Partei gegen den Werkmeister. Dieser verlangte nun, daß ihm der Direktor Genugtuung verschaffe. Wie sich Braghilla ausdrückte, sollten gegen den Attentäter, der ihn angegriffen hatte, Maßregeln erlassen. Doch der Direktor sah ein, daß Braghilla den ganzen Streit verursacht hatte, und daß es am besten wäre, wenn der ungeeignete Werkmeister seinen Posten verlassen würde. Das geschah denn auch. Ob Braghilla selbst gegangen oder ob er entlassen ist, darüber sind die Parteien entgegengesetzter Meinung. Braghilla behauptet, er sei entlassen und verlangt deshalb Bezahlung der Kündigungsgeld. Er sagte: „Wenn mich die Firma nicht vor den Schloßern, diesen Rowdies, schützen kann, dann soll sie mit wenigstens mein Gehalt zahlen.“ Hierauf bemerkte der Vorsitzende: „Wenn Sie hier die Schloßer als Rowdies bezeichnen, dann kann man sich denken, wie Sie in der Fabrik angetreten sind. Wenn wir die Beweisführung fortsetzen, wozu ein neuer Termin nötig ist, dann würde sich wohl herausstellen, daß die Firma berechtigt war, Sie ohne Kündigung zu entlassen.“

Die Parteien verglichen sich schließlich dahin, daß die Firma ihrem ehemaligen Werkmeister, mit dem sie so viele Erfahrungen gemacht hat, 50 Mark zahlt und die Sache damit erledigt ist.

Betriebsunfall bei einer Pferdeausmusterung.

Nach Ausbruch des Krieges wurden auch im Dorfe P. im Obenwald die Pferde ausgemustert. Der Beigeordnete Landwirt B. nahm als Vertreter der Gemeinde daran teil. Da er selbst sein eigenes Pferd vorzuführen hatte, bat er den Bürgermeister, daß er die Vertretung übernehmen, die Vorsitzendigkeit mitnehmen könne, damit jemand doch auf der Bürgermeisterei bleiben könne. Bei der nun folgenden Ausmusterung wurde der Beigeordnete von einem Pferde durch Ausschlagen an Schulter und Kopf schwer verletzt.

Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft lehnte aber die Gewährung der Unfallrente ab, weil Kläger als Gemeindevertreter in erster Linie an der fraglichen Ausmusterung teilgenommen habe, falls dies aber nicht anerkannt würde, dies nur „mit Rücksicht auf den verhältnismäßig hohen Wert seines erst fünfjährigen Pferdes getan habe“. Ein Betriebsunfall liege aber auch nicht vor, weil „das Vorführen der eigenen Pferde zur Musterung keine mit dem versicherten Betriebe in Zusammenhang stehende Tätigkeit sei“.

Das angerufene Oberverwaltungsamt Darmstadt verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Entschädigung des Unfalls, weil ein Betriebsunfall vorliege. Die Berufsgenossenschaft habe auch im Termine ihren Einwand nicht mehr aufrecht erhalten können, daß der Verletzte an der Pferdeausmusterung in erster Linie als Vertreter der Gemeinde teilgenommen habe. Aber auch die Auffassung der Beklagten, daß das Vorführen der eigenen Pferde zur Musterung keine mit dem versicherten Betriebe in Zusammenhang stehende Tätigkeit sei, vermochte das Gericht nicht zu teilen. Denn seines Erachtens fällt das Vorführen der Pferde als Teil des Pferdehalters unter § 537 Ziffer 5 der Reichs-Versicherungsordnung und ist demgemäß im Hinblick auf die weiteren Bestimmungen des § 631 Absatz 3 und § 921 der Reichs-Versicherungsordnung bei derjenigen Berufsgenossenschaft versichert, welcher der Betriebsunternehmer mit Betriebsinhalten derselben Art angehöre. Das ist im vorliegenden Fall die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, bei welcher der Betrieb des Klägers, in dem die Pferde gehalten werden, versichert ist. Es war deshalb ein Zusammenhang zwischen der Landwirtschaft und dem Unfall als gegeben zu erachten.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Der Aufsichtsrat des Vereins Deutscher Delfabriken Akt.-Ges. in Mannheim schlägt nach Rückstellung von 800 000 M. als Kriegserbe eine Erhöhung der Dividende von 5 auf 12 Proz. vor.

Die Glensburger Schiffbau-Aktiengesellschaft erhöht ihre Dividende von 8 auf 12 Proz. Nach Abschreibungen in Höhe von 770 600 M. im Vorjahre 507 341 M., und nach weiterer Absetzung von 325 000 M. für kurzzeit nicht beizulebende Forderungen verbleibt ein Reingewinn von 780 655 M. gegen 519 879 M. im Vorjahre. Die Dividende erfordert hieron 800 000 M. Das Bankguthaben erhöhte sich von 98 865 M. auf 4 805 473 M.

Die Dresdener Akt.-Ges. für Kartonnage-industrie zahlt auch für das abgelaufene Geschäftsjahr wieder 15 Proz. Dividende und 50 M. auf die Genußscheine. Die Ausschüßten werden als günstig bezeichnet.

Die Vereinigten Kunstmühlen Landshut Akt.-Ges. schlagen für das Geschäftsjahr 1914/15 wieder eine Dividende von 12 Proz. vor.

Getreidelieferung Rumäniens.

Die „Frankf. Zig.“ erfährt aus Berlin: Wegen der Einfuhr rumänischen Getreides nach Deutschland sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Ob deutsche Eisenbahnwagen zur Beförderung des Getreides gestellt werden, steht noch nicht fest, ist aber nicht wahrscheinlich, da unsere Versorgung mit Brotgetreide durch die Weisbefaltung der Weisheit des Durchmahrens gesichert ist und also rumänisches Getreide in der Hauptsache nur zu Futterzwecken in Betracht kommt.

Gewerkschaftliches.

Zur Fluktuation in unseren Gewerkschaften.

Wie aus den Jahresberichten und den wöchentlichen Erhebungen der einzelnen Gewerkschaften zu ersehen ist, hat der Krieg ganz außerordentlich auf die Mitgliederbewegung eingewirkt. Nicht nur die zum Kriegsdienst Eingezogenen sind den Gewerkschaften entzogen worden, auch die Zahl der ausgetretenen und der wegen Beitragsrest gestrichenen Mitglieder ist im Jahre 1914 leider bedeutend höher als in den Jahren vorher. Eine Ausnahme hierin macht wohl nur der Zentralverband der Sattler. In dieser Organisation hat sich seit Beginn des dritten Quartals 1914 bis zum 30. April 1915 die Zahl der Mitglieder von 14 526 auf 17 646, also um 3120 (1721 männliche und 1399 weibliche) erhöht, obgleich 5250 der Mitglieder zu militärischen Diensten eingezogen waren.

Der große Wechsel in den Mitgliederbeständen ist ja schon von jeher ein wunder Punkt in unserer Gewerkschaftsbewegung und tritt besonders in Krisenjahren hervor, weil da die Berberätigkeit für die Organisation eine geringere ist. Und das trifft in erhöhtem Maße auf das Kriegsjahr 1914 zu; die folgenden Zahlen von einigen großen Zentralverbänden bestätigen das. Bei diesen betrug der gesamte:

	Mitgliederzugang	Mitgliederverlust
im	1913	1914
Metallarbeiterverband	154 056	101 400
Fabrikarbeiter	59 915	34 290
Holzarbeiter	37 425	26 167
		8 785
		22 487

Der gesamte Mitgliederzugang hat sich demnach im Kriegsjahr 1914 gegenüber dem Jahre 1913 bei den drei angeführten Zentralverbänden um rund ein Drittel verringert, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß bekanntlich 1913 ein Krisenjahr war. Man hatte deshalb schon im voraus damit gerechnet, daß nachdem schon im Jahre 1913 in einer Reihe von Gewerkschaften ein Mitgliederverlust zu verzeichnen war, derselbe im Kriegsjahr 1914 noch erheblich größer sein werde. Nun hat sich aber erfreulicherweise im Laufe der Zeit in sehr vielen Verwaltungsstellen und Zweigvereinen herausgestellt, daß eine sehr große Anzahl Militärschlichter und Ausländer infolge Ueberweisung besonders in den ersten Mobilmachungstagen ihre Abmeldung bei den Gewerkschaften nicht ordnungsgemäß bewirken konnte, der Mitgliederverlust in den Gewerkschaften also nicht so groß ist, als er von diesen angenommen wurde. Das gleiche dürfte auch für die politischen Organisationen zutreffen. Von einer allzugroßen Mitgliederflucht, wie es die Presse der gelben Verbände hinstellt, kann demnach keine Rede sein, sondern nur von einem Nachlassen der Erfolge unserer Berberätigkeit. Zweifellos ist aber der Mitgliederverlust in den Gewerkschaften im Jahre 1914, trotz des großen Mitgliederzugangs, noch erheblich. Es muß deshalb als eine der brennendsten Aufgaben der Gewerkschaften bezeichnet werden, Einrichtungen zu treffen, durch welche die Fluktuation der Mitglieder so viel als möglich eingedämmt werden kann.

Leider lassen sich einheitliche Vorschläge zur Linderung der Fluktuation nicht machen, da die Verhältnisse in den einzelnen Verufen und Orten zu verschieden sind. Eins sollte aber vor allen Dingen beherzigt werden, daß es die vornehmste Pflicht eines jeden Arbeiters ist, sich zu organisieren und unaufhörlich an der Stärkung und Ausbreitung seiner Organisation mitzuarbeiten. Denn soviel steht bereits heute schon fest, daß nach dem Kriege die Gewerkschaftsorganisation nötiger denn je ist. Schon der Hinweis auf die Rede Rirdorfs sollte genügen, um zu zeigen, wie in bestimmten Kreisen über die Bestrebungen der Arbeiterkassen geteilt wird. Dann ferner, wie sich die Arbeitgeberverbände mit aller Schärfe gegen die Einsetzung paritätischer Schlichtungskommissionen wenden, und wie die Unternehmer aufgefordert werden, ihre Organisationen zu kräftigen, damit sie stark genug sind, um die ausgesetzungen höheren Löhne nach dem Kriege wieder reduzieren zu können. Nicht zu vergessen ist auch unter noch vielen anderen die Frage des Koalitionsrechts in den Staatswerkstätten, die Ablehnung von Teuerungszulagen und der völlig ungenügende Ausbau des Arbeitsnachweises und der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge. Man sieht, was für große Aufgaben den Gewerkschaften, außer der persönlichen Arbeiterfürsorge, noch harren. Dies alles kann aber nur von einer starken Organisation in zufriedenstellender Weise gelöst werden. Deshalb ist es Pflicht der Gewerkschaftsmitglieder, treu zur Organisation zu halten.

Berlin und Umgegend.

Die Teuerungszulage der Hutmacher.

Vor kurzem haben die Hutmacher Berlins Schritte getan, um eine allgemeine Lohn- und Teuerungszulage zu erlangen. Die Merkel in der Mitgliederversammlung am Dienstag berichtet, hat diese Angelegenheit zunächst Schwierigkeiten gemacht, schließlich hat aber doch eine größere Zahl von Unternehmern die Forderung der Arbeiter bewilligt. Die ursprünglich geforderte Zulage von 25 Proz. hat allerdings nur eine Firma gewährt. Im übrigen sind Zulagen von durchschnittlich 15 Proz. gewährt worden, und zwar teils als Zuschlag auf den gesamten Wochenverdienst, teils in Form einer Erhöhung der Stüchtlöhne. Damit kann diese Bewegung im allgemeinen als abgeschlossen gelten. Es wird aber bestimmt erwartet, daß auch die Firmen, welche bis jetzt keine Zulage gewährt haben, zur Bewilligung veranlaßt werden.

Deutsches Reich.

Teuerungszulagen für die Werkmeister und Abteilungsleiter.

In Anbetracht der enorm gestiegenen Preise für alle Bedürfnisse des täglichen Lebens hat der Werkmeisterverband für das Buchbinder-gewerbe an die Buchbindermeister sowie an die Fabrikanten der Karton-, Lebergalanierwaren, Kontobuch-, Album- und Luxuspapierbranchen das Ersuchen gerichtet, ihren Werkmeistern und Abteilungsleitern eine den abnormen Verhältnissen rechnungstragende Kriegsteuerungszulage zu gewähren.

Die Werkmeister glauben ein gewisses moralisches Recht auf eine Veranschlagung zu haben, weil gerade sie es waren, die außerordentliche materielle Opfer in der Form von Gehaltskürzungen gebracht haben, als zu Anfang des gegenwärtigen Krieges eine Störung im Wirtschaftsleben eintrat. Dies ist auch die Ursache, daß die Werkmeister die gegenwärtige Teuerung so überaus hart empfinden; waren sie doch gezwungen, etwaige Ersparnisse in der Zeit aufzugeben, in welcher sie bei verkräftem Gehalt tätig waren.

Einige Firmen haben, aus Anlaß der vielen Einberufungen des eingearbeiteten Personals und der dadurch bedingten erhöhten Anforderungen an die Leistungen der Werkmeister sich veranlaßt gesehen, denselben eine Teuerungszulage zu geben.

Aus Groß-Berlin.

Laubenernte.

Früher als sonst hat sie begonnen. Man erntete schon, als noch der Rest des Frühjahrs auf dem Kalender stand. Niemand wußte ja recht, was wird. Dann aber kletterten die Nahrungsmittelpreise im Binnenlande zu wahnwitziger Höhe. Pflanzenkostbestände, die viele Tausende von Menschen ernähren konnten, sind frivol vernichtet worden. So mußte aus der Eigenscholle, so klein sie auch ist, das von Natur und Menschenhand Erreichbare herausgeholt werden. Zweimal, vielleicht gar dreimal aus demselben Stückchen Boden die Ernte zu zaubern, das stand auf dem Arbeitsprogramm der Laubenkolonisten. Und wie ist diesmal gearbeitet worden! Die starke Hand des Mannes fehlte ja vielfach, dafür sind der Frauen und Kinder fleißige Hände schweißig geworden. Jedem Zoll Boden hat man abgerungen, was er nur hergab.

Die Blumenbeete, sonst die Freunde von Groß und Klein, verschwanden. Kartoffeln, Rüben, Kohl sitzen auf jedem freien Fleckchen. Selbst bei der Spieldecke der Kleinen mußte eine Anleihe gemacht werden. Die langanhaltende Dürre begünstigte das Wachstum, wenigstens hier auf kleinerer Fläche. Um so arbeitsreicher war das Wassererschleppen, wenn in dem feinen märkischen Sande nicht die Hälfte verdorren sollte. Man hat es trohallem geschafft. Selbst die neuen Gemüsepflanzstätten zwischen den Häusern, wo zum ersten Male der steinige Boden urbar gemacht ist, haben die Erwartungen meist übertraffen. Lauben und Ställe durften hier gewöhnlich nicht errichtet werden. Das hat der Erntetreude seinen großen Abbruch getan. Raupengetier und anderes futternediges Gesindel ist doch nicht so stark aufgetreten, wie man das anfangs befürchten konnte. Man wußte, was diesmal auf dem Spiel steht, und hielt verderbliche Einflüsse fern, auch die elenden zweibeinigen Räuber, die sich so gern über den Erfolg der Arbeit der Laubenkolonisten hermachen. Deutzutage haben ja für die Laubenplünderer nicht nur Hühner und Kariakel, auch schon Kahlköpfe ihren Wert. Gurken und Kürbisse waren von den diebischen Drogenhändlern schon immer begehrt. Der leider sehr notwendige Wachdienst wurde also doppelt scharf organisiert.

Erntefeste? Nein, die Stimmung steht auch jetzt noch nicht nach dem Festfeiern. Hier und da hat man ja auf den bekannten bunten Schnidschnad aus Papier nicht verzichtet. Auch ein paar Kafeten, obwohl sie behördlich verboten sind, sieht man gelegentlich sprühend gen Himmel steigen. Der echte, alles vereinende Erntejubel mit dem anspruchsvollen Blechgetöse oder dem stundenlang leiernden Orgelkasten — der fehlt. Es ist im Vorjahre ohne Erntefeste gegangen und muß auch in diesem Jahre so gehen.

„Frau Postrat“.

Nun ist sie endlich da, die Postschwedin auch auf dem Bestellgang. Selbst die Postverwaltung hat Grundfänge, die bei ihr unverrückbar scheinen, fallen lassen müssen. Schon während der letzten Monate stellte sich immer mehr das Bedürfnis heraus, mit Briefträgerinnen einen Versuch zu machen. Die oft allzu jugendlichen männlichen Ersatzkräfte versagten zum Teil aus den verschiedensten Ursachen oder wandten sich, was am häufigsten vorkam, wegen der unzureichenden Vergütung bei erheblichen Dienstleistungsleistungen. Der fortwährende Wechsel erschwerte die Ordnung des Postdienstes und fiel naturgemäß auch ungünstig auf das Publikum zurück. Ob die weiblichen Briefträger in Wind und Wetter, bei langer Arbeitszeit und lüchlicher Wohnung besser auszuhalten werden, muß man abwarten. Der Postdienst erfordert einen halbwegs gesunden Körper. Herz- und Lungentransle scheiden von der Annahme ohne weiteres aus. Es kommen hauptsächlich Frauen zwischen 30 und 40 Jahren in Betracht, und die sind im allgemeinen auf diesem Gebiete nicht so zäh wie unsere alten rasperen Zeitungsausdrägerinnen. Eine gesunde kräftige Frau wird aber die Arbeit ebensogut wie ein Mann bewältigen können.

Das Entomologische Museum der Stadt Berlin.

(Aus dem zweiten Jahresbericht.)

Für die Bibliothek gingen 125 Zeitschriften mit 800 Heften ein. Davon wurden gekauft resp. geschenkt 8 resp. 18 Zeitschriften mit 79 resp. 119 Heften, die übrigen 104 Zeitschriften mit 611 Heften gingen im Tausch gegen die Musealzeitschrift „Entomologische Mitteilungen“ ein. Infolge des Krieges blieb ein beträchtlicher Teil der Tauschschriften aus, sonst werden normal 256 Zeitschriften eingetauscht. Bestand sämtlicher periodischer Schriften der Bibliothek am 1. Januar 1915: 483 verschiedene Zeitschriften mit 5029 Bänden resp. Nummern (die noch nicht abgeschlossenen letzten Jahrgänge sind nicht mitgezählt). An Einzelwerken wurden 49 Stück mit 126 Bänden gekauft; geschenkt wurden 358 Bände. Bestand am 1. Januar 1915: 3486 Werke in 4320 Bänden. An Separaten wurden 851 geschenkt und 121 eingetauscht; die Gesamtzahl betrug am 1. Januar 1915: 15 105 Stück. An 154 Personen resp. Institute wurden 703 Bände verliehen.

An Insekten gingen zwei größere Sammlungen als Geschenke ein, und zwar eine Sammlung palaearktischer Käufeltier von Herrn S. Wagner mit circa 8000 Exemplaren und die palaearktische Schmetterlingsammlung von dem verstorbenen Pastor Herrn D. Schulz mit circa 4000 Exemplaren. Außerdem wurden an kleineren Posten geschenkt etwa 8700 präparierte und 6000 unpräparierte Insekten, circa 100 Puppen und Larven, 11 Insektenester. Im Tausch erhielt das Museum unter anderem einige prachtvolle Ameisen- und Termitenbauten. An 69 Herren wurden im Berichtsjahr 16 192 Insekten zur Bestimmung gelangt; zu Vergleichszwecken erhielten 16 Herren 468 Tiere. Literarische Auskunft über Insekten wurde in neun Fällen verlangt, gerichtliche Auskunft in zwei Fällen, anderweitige Auskunft in fünf Fällen. Die Zahl der museologisch aufgestellten Glasfästen beträgt 2810, die sich auf 97 Schränke verteilen. Bestand der Insektenmuseen am 1. Januar 1915: 764 637 Insekten, davon sind 183 904 museologisch aufgestellt und 72 200 zum Zwecke der Bestimmung ausgeliehen. Die Zahl der Standgefäße mit Alkohol-Material beträgt 268.

Erwähnenswert ist eine große Bildersammlung von Entomologen: Photographien, Holz-, Stahl- und Kupferdrucke, Silhouetten usw. Die Zahl der verschiedenen Bilder beträgt bereits über 1100. Im Berichtsjahr haben wieder zwei Entomologen ihre wertvollen Sammlungen nebst Bibliothek usw. dem Museum testamentarisch vermacht. (A. Horn und C. Stoa.) Der „Verein zur Förderung des Deutschen Entomologischen Museums“ (Jahresbeitrag 7 M.) hat im Berichtsjahr 18 Sitzungen im Sitzungssaal des Museums abgehalten. In Publikationen hat er herausgegeben: „Entomologische Mitteilungen“ Band III, 12 Hefte, und „Supple-

menta Entomologica“ Nr. III. Am Laufe des Jahres haben außer vielen Berliner Herren 20 auswärtige Entomologen, darunter je einer aus Bulgarien, Frankreich, Nordamerika, Japan, Indien, Kamerun und Südamerika, das Museum zu Studienzwecken besucht.

Die Tätigkeit des Mieteinigungsamtes der Stadt Neukölln.

Nach der vom städtischen Mieteinigungsamt Neukölln aufgestellten Uebersicht über die Geschäftstätigkeit im ersten Halbjahr 1915, d. i. vom 1. Januar bis 30. Juni 1915 wurden in diesem Zeitraum 1871 neue Anträge auf Mieteinigung gestellt, und zwar 694 schriftlich und 1177 mündlich in der Geschäftsstelle im Rathaus. Von diesen Anträgen wurden 286 vor oder während der Verhandlung vor dem Einigungsamt zurückgezogen, in 184 Fällen erfolgte eine Vertagung. Von den verbliebenen 1401 Sachen, die zur endgültigen Erledigung gelangten, scheiterte in nur 131 Sachen die Anbahnung eines Vergleichs, während in den übrigen 1270 Sachen die Parteien sich verglichen. Die vergleichsweise erledigten Anträge betragen also etwa 93 Proz. sämtlicher erledigten Sachen.

In dem gleichen Zeitraum sind an 77 Sitzungstagen insgesamt — mit Einschluß der Vertagungen — 2140 Einigungsverhandlungen abgehalten worden, durchschnittlich also 28 in jeder Sitzung.

Von dem königl. Amtsgericht Neukölln wurde außerdem in 92 Mietstreitsachen ein Gutachten des Mieteinigungsamtes über die Gewährung einer Zahlungsfrist und die Beseitigung der Verzugsfolgen eingefordert.

Die Beschulung tauber Kinder.

Für Eltern tauber oder taubstummer Kinder von Interesse ist der Ausgang eines Strafverfahrens, das gegen Herrn Forth in Berlin wegen Schulverweigerung seines Sohnes eingeleitet worden war. Der Sohn des Angeklagten, der infolge einer Krankheit völlig taub ist, war auf Veranlassung der Schuldeputation zunächst in die Schule für Schwerhörige eingeschult worden. Nachdem er diese eine Zeitlang besucht hatte, wurde er von der Schulbehörde der Schule für Taubstumme überwiesen.

Weil er den Unterricht in der Taubstummenschule versäumte, wurde der Vater angeklagt. Er erklärte sich für nicht schuldig, indem er davon ausging, daß die Umschulung nicht gerechtfertigt gewesen sei. Durch die frühere Einschulung in die Schule für Schwerhörige sei genügend für den Unterricht des Sohnes gesorgt gewesen.

Das Landgericht I als Berufungsinstanz verurteilte jedoch den Angeklagten und führte aus, daß es lediglich Sache der Schulbehörde sei, zu entscheiden, ob ein ausreichender Ersatz für den gewöhnlichen Schulunterricht vorliege. Der Angeklagte hätte nach der Umschulung in die Schule für Taubstumme dafür sorgen müssen, daß der Sohn diese Schule besuchte.

Der Angeklagte legte Revision ein und machte geltend: Der Unterricht des Knaben in der Schule für Schwerhörige habe gute Resultate gehabt. Die Lehrer hätten das Kind auch dabehalten wollen. Dennoch sei die Umschulung in die Taubstummenschule erfolgt. Wenn Angeklagter sich dagegen wende, so sei das durchaus zulässig. Es wäre rechtmäßig, anzunehmen, daß es sich bei der Umschulung um eine reine Verwaltungsmahregel handle.

Das Kammergericht verwarf aber die Revision mit folgender Begründung: Maßgebend sei das Gesetz vom 7. August 1911 über die Beschulung blinder und taubstummer Kinder. Danach seien taubstumme Kinder, die das 7. Lebensjahr vollendet haben, sofern sie genügend entwickelt und bildungsfähig erscheinen, zur Teilnahme an dem Unterricht verpflichtet, der in den Anstalten für taubstumme Kinder eingerichtet sei. Ueber den Eintritt der Schulpflicht beschliehe die Schuldeputation beziehungsweise die Schulaufsichtsbehörde. Es habe also hier die Schulbehörde ausschließlich allein darüber zu entscheiden, ob das Kind in die Taubstummenschule zu schicken sei oder nicht. Die Verfügung der Behörde könne nicht angefochten werden. Das Kind hätte danach den Unterricht in der Taubstummenschule besuchen müssen, nachdem dieser angeordnet war. Ob die Schulbehörde früher auf einem anderen Standpunkt gestanden habe, sei gleichgültig. Angeklagter sei mit Recht verurteilt worden.

Die Medizinalpolizei.

Der Geschäftsbereich des Polizeibezirksamtes Berlin-Mitte wird vom 1. August ab auf die medizinalpolizeilichen Geschäfte ausgedehnt. Der zuständige Kreisarzt hält seine Sprechstunden wochentäglich von 11—12 Uhr im Dienstgebäude, Wollenmarkt 1, ab. Die medizinalpolizeiliche Zuständigkeit des Bezirksamtes umfaßt insbesondere folgende Gegenstände: Krankenpflegepersonal; Schulhausbauwesen; Heilgehilfen; Masseure und Massierinnen; Schwefelbäder; Drogenhandlungen; Beaufsichtigung des Verkehrs mit Arzneimitteln in Drogenhandlungen und anderen Geschäften; nicht geprüfte Heilpersonen; Verleihung von Prämiem bei Wiederbelebung; Prüfung und Festsetzung der Gebühren und Rechnungen von nichtbeamteten Ärzten und Hebammen, soweit dieselben aus Staatsmitteln zu begleichen sind; Hebammenangelegenheiten; Insolvenzverfahren; die öffentlichen und privaten Krankenanstalten (eritere, soweit sie nicht städtisch sind); die Entbindungsanstalten; die Personalien der Ärzte, soweit sie nicht bereits in Händen der Kreisärzte liegen; die Begräbnisplätze und Begräbniswesen; Feuerbestattung; Leichenpässe; öffentliche und private Brunnen.

In Angelegenheiten der Feuerbestattung und Leichenpässe bleiben die Reviere wie bisher zuständig.

Baden verboten!

Während überall an der Oberhavel das Baden stillschweigend gebuldet wird und insbesondere an warmen Sonntagen Tausende von Personen ein erfrischendes Bad nehmen, leugten auf der Bürgerablage, zwischen Spandau und Papenberge gelegen, auf drei großen Tafeln des Spandauer Magistrats den Badbesuchern in weithin sichtbaren Lettern die Worte entgegen: Baden verboten!

In früheren Jahren war die Bürgerablage, auch „Grafsenau“ genannt, ein beliebter Ausflugsort vieler Vereine, denen gegen Entrichtung einer Gebühr von 3 M. der Ausschank von Bier gestattet wurde. Als im Vorjahre, gelegentlich eines Waldfestes mehrerer Vereine, sich einige unliebsame Vorkommnisse ereigneten, wurde vom Spandauer Magistrat der Ausschank von Bier auf der Bürgerablage strikte verboten. Da nun auch noch das Badenverbot durch die drei großen Tafeln hinzugelassen ist, liegt die Bürgerablage mit ihrem schönen Badestrand einsam und verlassen da, während sich täglich auf den anschließenden Wiesen der Niederneudorfer Gemeinde ein harmloses lustiges Leben und Treiben entwickelt. Uebrigens scheint der Spandauer Magistrat ein großer Gegner von Freibädern zu sein, da Spandau, trotzdem es große Bänderelen an der Ober- und Unterhavel besitzt, nicht ein einziges Freibad aufzuweisen hat. Freibadanstalten hat Spandau auch nur

eine, und zwar in der Schäferstraße an der Oberhavel. Die Bewohner der Wilhelmstadt petitionieren schon seit einer langen Reihe von Jahren vergebens um die Schaffung einer Freibadanstalt. Spandau, das doch seit langer Zeit nun auch schon Großstadt geworden ist und von allen Groß-Berliner Gemeinden das meiste Gelände an fließenden Gewässern aufzuweisen hat, mühte mit der Anlegung von Freibadanstalten und Freibädern bahnbrechend vorgehen und sich auf diesem Gebiete nicht von Vorgemeinden beschämen lassen.

Der Paketwindler.

Mit einem alten Kniff „arbeitet“ wieder ein Paketwindler, der es auf harmlose junge Laufburschen abgesehen hat. Erst vorgestern erbeutete er einen Karton mit Goldsachen, gestern ein Paket mit 18 gestickten Blusenteilen. Der Gauner spricht die Burschen auf der Straße an, forscht sie nach dem Inhalt ihrer Pakete aus, begleitet sie ein Stück Weges, bis er ein geeignetes Haus gefunden hat, und bittet sie dann, für ihn im zweiten, dritten oder vierten Stock rasch einmal 20 M. zu lassen. Dabei gibt er ihnen eine entsprechende falsche Quittung und ein Portemonnaie, in das sie das Geld hineinstecken sollen. Weil er den Burschen 50 Pf. Trinkgeld verspricht, so nehmen sie den Antrag gern an und geben ihm arglos ihr Paket in Verwahrung. Sobald die Burschen in das Haus hineingegangen sind, verschwindet der Gauner mit ihrem Paket. Den letzten Streich verübte der Schwindler gestern in der Leipziger Straße in der Nähe des Spittelmarktes. Die Laufburschen seien vor ihm gewarnt; er ist etwa 17 Jahre alt und von gedrungener Gestalt und trägt eine graue Mütze, die er in den Rücken geschoben trägt.

Ein großer Pferdediebstahl, der in der Nacht zu vorgestern, wie mir mitteilen, in Charlottenburg verübt wurde, ist bereits aufgeklärt, der Täter aber noch nicht ermittelt. Ein etwa 25 Jahre alter Bursche, der zum Schein bei der Pferdehandlung von Strauß u. Franke am Montag eine Stellung als Stallmann annahm, verschwand gleich in der ersten Nacht mit drei wertvollen Pferden und führte sie in der Richtung nach Neukölln zu. Gestern vormittag entdeckte die Neuköllner Kriminalpolizei die gestohlenen Tiere unter den Pferden, die in der Velleallianzstraße vor der Kaserne der Garde-Dragoner zur Musterung vorgeführt wurden. Als ihr Besitzer wies sich ein Pferdegroßhändler Cohn aus Gollnow in Pommern aus. Er hatte die Tiere, die von dem Dieb auf einem Umwege nach der Wendelsöhnenstraße gebracht worden waren, dort beschlagnahmt und sie dann von dem angeblichen Eigentümer im Café Bauer, wo sich mehrere Händler trafen, auf Handschlag für 5400 M. gekauft. Die Pferde wurden von der Kriminalpolizei der bestohlenen Handlung zurückgebracht. Den Schaden trägt der Großhändler. Nach dem Diebe wird noch gefahndet.

Wegen des Raubes auf der Landstraße von Schöneberg befindet sich, wie wir mitteilen, der Arbeiter Karl Stolz in Untersuchungshaft. Stolz, ein gewerbmäßiger Einbrecher, wurde mit einem Spießgesellen Hermann Weder in französisch-Buchholz von dem Gendarmereiwachmeister Fleißmann überfallen, als er dabei war, eine Gastwirtschaft auszuräumen. Andere Einbrüche, die er seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis in jener Gegend verübte, bestritt er ebenso wie den Raubanschlag auf den Handelsmann Drebert. Der hiesigen Kriminalpolizei gelang es jetzt, durch Ermittlung von Neutestäden aus allen diesen Einbrüchen, unter anderem bei dem Tierarzt Dr. Fischer, beide Verbrecher zu überführen. Sowohl Stolz als auch Weder hatten in Berlin eine Braut, die beide im Zentrum der Stadt wohnten. Zu diesen brachten sie die gestohlenen Sachen, um sie bei Gelegenheit abzuholen und zu Geld zu machen. Als sie nun in den letzten Tagen gegen die Verabredung sich nicht sehen ließen, machten sich die beiden Mädchen, die von ihrer Verhaftung noch keine Kenntnis hatten, daran, die Reuestücke auf eigene Faust zu verkaufen. Hierbei wurden sie von Kriminalbeamten, die nach dem Diebesgut fahndeten, überrascht, und mußten nun gestehen, daß sie diese zum Teil wertvollen Sachen von Stolz und Weder in Verwahrung bekommen hatten.

Freie Schülervorträge auf der Treptow-Sternwarte. Um den Schülern, welche keine Ferienreise angetreten haben, Gelegenheit zum Anhören eines Kinovortrages zu geben, hat die Direktion der Treptow-Sternwarte bestimmt, daß während der großen Ferien jeder Erwachsene das Recht hat, zu den Kinovorträgen ein Kind unter 14 Jahren frei einzuführen. Es finden folgende kinematographische Vorführungen mit erklärenden Vorträgen statt: Am Sonnabend, den 31. Juli, um 5 Uhr: „Hinter der Front“; am Sonntag, den 1. August, um 5 Uhr: „Frontkämpfe“ (Deutsche, Oesterreicher und Türken); um 7 Uhr: „Unsere Luftflotte“; am Mittwoch, den 4. August, um 5 Uhr: „Reise nach Südpol und ein Blick ins Weltall“; am Dienstag, den 3. August, abends 7 Uhr, spricht Direktor Dr. F. S. Archenhold an Hand zahlreicher Lichtbilder über: „Die Weltwohnbareit der Welten“. Nach jedem Kinovortrag gelangt ein neuer Film vom Kriegsschauplatz zur Vorführung. — Mit dem großen Fernrohr werden Vega und Jupiter beobachtet.

Kleine Nachrichten. Zwei mutmaßliche Kindesmorde beschäftigten die Kriminalpolizei. In einer Zigarrenkiste, die gestern auf dem Luisenplatz gefunden wurde, entdeckte man die Leiche eines neugeborenen Knaben, die außerdem noch in graues Packpapier eingewickelt war. — Mit braunem Packpapier und Zeitungspapier umwickelt und verschlüsselt war die Leiche eines neugeborenen Knaben, die ein Fischer am Gölziger Ufer im Landwehrkanal fand. — Beim Spielen auf dem Brückengelände ins Wasser gefallen und ertrunken ist gestern nachmittag der sechs Jahre alte Sohn Fritz des Brauereiarbeiters Kravitsch aus der Reuer Hochstr. 32—34. Kravitsch steht seit längerer Zeit schon im Felde, seine Frau arbeitet in einer Fabrik. Die beiden Kinder, Söhne von 9 und 3 Jahren, gingen während der Ferienzeit sonst immer nach dem Humboldtthain, um dort zu spielen. Während aber gestern der ältere Sohn einholte, kam ein achtjähriger Spielfamerad aus der Bankstraße, der früher auch in der Reuer Hochstraße wohnte, dorthin und nahm den kleinen Fritz mit nach dem Nordhafen. Hier spielten die Knaben auf dem Geländer der Selderbrücke. Plötzlich fiel Fritz mit einem Ausschrei in Wasser. Ein Soldat warf ihm einen Rettungsring zu, den er aber nicht ergreifen konnte. Ein Aufseher, der mit seinem Zubehör gerade vorbei kam, sah den Vorfall, sprang ohne sich lange zu bestümmen dem Knaben nach, jedoch so unglücklich, daß er gerade auf ihn fiel und ihn unterdrückte. Der Kleine kam nun nicht mehr zum Vorschein. Verzweifelt tauchte noch ein anderer Mann nach ihm, die Bemühungen von Schiffen, die sich an dem Rettungswerk beteiligten, blieben erfolglos. Die Leiche des Knaben ist noch nicht gefunden. — Vor dem Hause Brunnenstraße 18 lief gestern nachmittag die fünfjährige Veronika Polia kurz vor einem in der Richtung nach Moabit fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 11 auf die Schienen und wurde umgestoßen. Die Kleine geriet unter die Vorderplattform und erlitt Hautabschürfungen am rechten Arm und am rechten Arm. — Ein Ähnlicher Unfall ereignete sich gestern gegen 1/7 Uhr abends in der Landsberger Allee. Dort wollte der 7 Jahre alte Kurt Pöhner vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 164 das Gleis überqueren, wurde jedoch vom Bahnwagen erfasst und umgestoßen. Er kam mit Hautabschürfungen am rechten Arm davon.

Aus den Gemeinden.

Aus der Tegeler Gemeindevertretung.

In der letzten Sitzung der Vertretung brachte der stellvertretende Vorsitzende Schöffe Reichelt die Abrechnung über die Herstellung des Gemeindeparkplatzes am Wasserturn zur Kenntnis. Die als Kostendarbeiten auf Grund des Beschlusses vom 28. September vorigen Jahres ausgeführten Teilarbeiten haben infolge ungewohnter Arbeitskräfte — wie der Vorsitzende ausführte —

den Anschlag von 5500 M. um noch 468 M. überschritten; die Verteilung beschloß, auch diesen Betrag noch auf den Kriegsfonds zu übernehmen. Die von verschiedenen Korporationen gestellten Anträge auf vollständige Fertigstellung des Platzes noch in diesem Sommer wurden mit Rücksicht auf die gegenwärtige unübersichtliche Wirtschaftslage der Gemeinde vorläufig zurückgestellt. In der Beifrage macht sich die Verteilung eines stärkeren Gasrohres nötig, da durch zu starken Gasverbrauch der Firma Vorfing die übrigen Anwohner die benötigte Menge Gas nicht mehr erhalten und sich beschwerten. Trotz der hohen Kosten wird der sofortigen Ausführung zugestimmt. — Die während des Krieges von der Firma Vorfing eingerichtete Volksschule kommt mit den bisherigen Mitteln infolge steigender Inanspruchnahme und der hohen Löhne nicht mehr aus. Die Gemeinde gab bisher monatlich 500 M. Zuschuß, wozu der Kreis noch die Hälfte zuzahlte, ferner das Reich resp. der Staat überhaupt zwei Drittel der Löhne trägt, mithin auf die Gemeinde selbst nur ein Sechstel entfällt. Bei der Erörterung dieser Sache wurde ein engeres Zusammenarbeiten zwischen der Kriegshilfe — der diese Sache untersteht — und der Gemeinde gewünscht. Hinsichtlich der dort zu Speisenden beim Gemeindevorstand zu melden zur Erlangung einer Legitimation; nach Feststellung der Bedürftigkeit tritt die Kriegshilfe ein. Es wird so vermieden, daß z. B. Berliner Sommergäste sich dort belästigen lassen können. Da auch ein erheblicher Zuschuß von Beamten und Arbeitern der Firma Vorfing geleistet wird, kommt die Küchenkost auch einem geringen Teil Arbeitern von Vorfingwald zugute. Die Gemeindevorstellung stimmt demnach auch einseitig der Erhöhung auf 1000 Mark monatlichen Zuschuß zu unter der Voraussetzung, daß die Kriegshilfe selbst 200 M. dazugibt.

Der Verkauf der von der Gemeinde beschafften Dosenkonserven findet jetzt nur noch jeden Dienstag, nachmittags von 3—7 Uhr, im Laden Graf-Adlerstraße Nr. 4, gegen Vorzeigung der laufenden Brotkarte an Tegeler Einwohner statt. Es gibt jetzt nur noch Rotwurst und Sülze zu 1,20 M. und Schweinefleisch zu 1,45 M. die Dose von 400 Gramm Inhalt.

Aus Mahlsdorf a. d. Ostbahn.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung berichtete der Gemeindevorsteher, daß die in Aussicht genommene Friedhofskapelle nach den vorgenommenen Ausführungen circa 8000 M. teurer zu stehen komme, wie ursprünglich angenommen wurde. Die Baukommission schlägt deshalb vor, das früher abgelehnte Projekt variieren zu lassen und eventuell zur Ausführung zu bringen. Dem Voranschlag wurde zugestimmt.

Dem Kaufmann Jul. Meier-Berlin sollen für 812 Quadratmeter Straßenland 800 M. gezahlt werden. Das Straßenland am Dalkwitzer Weg und Straße 104 wird von der Gemeinde entgegengenommen. Einem Dringlichkeitsantrage Grünner-Schumann-Giese folgend wird beschloffen, den Frauen der Kriegsteilnehmer mit drei und mehr Kindern vom 1. August ab einen Monatszuschuß von monatlich 8 M. zu gewähren, vorausgesetzt, daß die Hauswirte auch etwas von der Miete ablassen.

Der Verkauf von Dauerfleischwaren findet von jetzt ab jeden Montag von 5—8 Uhr nachmittags im Schulhause statt.

Berichtszeitung.

Ein unvorsichtiger Bezirksvorsteher.

Äußerungen, die in einer Versammlung von Mitgliedern einer Armenkommission gefallen sind, haben zu einer Privatklage Veranlassung gegeben, mit welcher das Schöffengericht Berlin-Mitte gestern längere Zeit beschäftigt war. Die Klage richtete sich gegen den Bezirksvorsteher Zahn und war von dem Rentier Schibille, der einer Armenkommission als Mitglied angehört, angestrengt worden.

Der Kläger, der schon verschiedene Ehrenämter verwaltet hat, bildete den Mittelpunkt von Erörterungen in jener Versammlung, in welcher die Befreyung des Postens des Armenkommissionsvorstehers in Frage stand. Gegen eine etwaige Wahl des Privatklägers auf diesen Posten erhob der antwortende Bezirksvorsteher Zahn Einspruch, erklärte, daß Herr Sch. dieses Amt nie versehen könnte und warf ihm unehrliches Verhalten vor, wobei er kurz darauf bemerkte, daß in der Kaffe des Herrn Sch. noch ein ungedecktes Manlo von circa 8 M. vorhanden sei. Herr Sch. faßte diese Bemerkung so auf, daß ihm eine unredliche Kassenführung zum Vorwurf gemacht werden sollte; er legte sein Amt nieder und ließ durch Justizrat Becker die Beleidigungsklage erheben. Im geistigen Termin behauptete der Beklagte, daß er das unehrliche Verhalten des Klägers gar nicht auf die Kassenführung, sondern auf einen von diesem verfaßten Brief bezogen habe. Nach längerer Beweisaufnahme kam der Gerichtshof zu der Überzeugung, daß die gefällene Bemerkung nur so zu verstehen sei, wie sie der Privatkläger verstanden hat, und da der Angeklagte auf Befragen des Vorsitzenden erklärte, daß er Beweise für eine von Herrn Sch. begangene Unredlichkeit nicht habe, so verurteilte das Gericht den Angeklagten wegen Verleumdung (§ 187) zu 50 Mark Geldstrafe.

Hat eine Brotverordnung rückwirkende Kraft?

Die Brotverordnung für den Kreis Waldenburg vom 17. Februar 1915 erklärte für die Zeit vom 22. Februar ab Roggenbrot nur als Einheitsbrot von 4 und 2 Pfund für zulässig. Weiter war durch eine Zusatzverordnung ein Einheitspreis von 17 Pf. pro Pfund festgelegt worden. Beide Bestimmungen sollte der Bäckermeister Hund in Dittersbach dadurch übertreten haben, daß er am 22. Februar ein am 21. Februar hergestelltes Brot für 68 Pf. verkauft hatte, das nach behördlicher Feststellung zur Zeit des Verkaufs 90 Gramm weniger als 4 Pfund wog.

Die Strafkammer in Schneidnitz verurteilte ihn zu einer Geldstrafe und führte aus: Angeklagter hätte damit rechnen müssen, daß Brot infolge Eintrocknens am Gewicht abnehme. Da ihm die Brotverordnung, wenn sie auch erst am 22. Februar in Kraft trat, bereits am 21. Februar bekannt gewesen sei, hätte er bei der Herstellung des Brotes an diesem Tage mit dem Eintrocknen rechnen müssen. Im übrigen sei das Brot auch für 68 Pf. verkauft worden, obwohl es ein etwas geringeres Gewicht hatte.

Das Kammergericht hob jetzt das Urteil auf und verwies die Sache zu anderweiter Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Es kämen hier zwei verschiedene strafbare Handlungen in Frage: einmal die Herstellung des Brotes in nicht vorgeschriebenem Gewicht und dann die Preisfrage. Was das erste betreffe, so sei die Verordnung erst am 22. Februar in Kraft getreten, während das Brot schon am Tage vorher gebacken wurde. In diesem Punkte müsse Angeklagter nach Aufhebung der Vorentscheidung freigesprochen werden, da die am 22. Februar in Kraft getretene Verordnung auf die Herstellung des Brotes am 21. Februar keine Anwendung finden könne. — Was nun die Frage der Übertretung der Höchstpreis-Zusatzverordnung angehe, so könnte diese gegen den Angeklagten angewendet werden, falls die Zusatzverordnung bereits am 22. Februar genügend bekanntgemacht war. Das sehe noch nicht fest. Deshalb müsse in dieser Hinsicht sich das Landgericht noch einmal mit der Sache beschäftigen.

Wurkfesselgeheimnisse in München.

Der Regieremeister Max Herb in München scheint die Lehren früherer Prozesse über Wurkfesselgeheimnisse, die die Münchener Wurkfabrikation nicht in günstiges Licht stellen, schon vergessen zu haben, so daß die Staatsanwaltschaft alle Ursache hat, ihm besondere Belehrung zu erteilen. Herb hatte Militärlieferung, und da wird viel Geld verdient, namentlich wenn

„alles“ bearbeitet wird. Herz ließ verborenes Fleisch zur „Militärwurst“ verarbeiten. Ein Gefelle aber erstattete Anzeige, weil er solche Schweinereien weder mitmachen, noch verantworten konnte und der richtigen Ansicht war, daß auch das Militär fürs Geld gute Ware beanspruchen kann.

Der Amtsanwalt hatte vier Monate Gefängnis beantragt. Das Schöffengericht erklärte sich aber angesichts des schweren Vergehens für unzuständig und verwies die Sache zur Aburteilung an die Strafkammer.

Aus aller Welt.

Schuld und Sühne.

Als eine Folge des Weltkrieges muß auch das Bestreben betrachtet werden, die deutsche Sprache von allen fremdländischen Schlägen zu befreien. Würden dabei nicht die tollsten Vorkämpfer gemacht werden, würde man sich darauf beschränken, alberne Nachahmungen zu bekämpfen, dann wäre wohl von keinem Standpunkte aus dagegen etwas einzuwenden. Durch den Eifer einzelner Uebergeheimten wird aber leider eine an sich gute Sache diskreditiert. Wer sich am meisten bestreht hat, bei der Bekämpfung seiner Lebensbedürfnisse sich mit fremden Sprachbegriffen zu behelfen, das zeigt die Ankündigung, Preislisten um vornehmer Geschäftsbücher, besonders aber der Restaurants und Hotels. Daß diese entbehrliche Sünde oder besser gesagt Unsitte auch nach Kriegsausbruch und trotz Bekämpfung der feindlichen Sprachen noch nicht ganz verschwunden ist, beweist eine Notiz, die wir vor einigen Tagen in den „Berliner Neuesten Nachrichten“ lasen. — Sie lautete wie folgt:

„Niedriger hängen! Das Hotel Fürst zu Stolberg, G. m. b. H.“, in Schierke, verleiht als Einladung zum Herbstaufenthalt nachstehenden Tarif: „Chambres de M. 2,50 à M. 8,00 — le lit —, Chambres avec bain particulier et cabinet de M. 7,50 à M. 10,00 — le lit —, extra lit M. 2,50, lit d'enfant M. 2,00, Salon particulier de M. 10,00 à M. 30,00, Déjeuner M. 1,50, lunch M. 3,00, diner M. 4,00 et 4,50, souper M. 8,00, à la carte à chaque heure.“ — Man weiß nicht, schreiben dazu die „Alldeutschen Blätter“, was man mehr bewundern soll: die Stirn, mit welcher eine derartige Einladung im Weltkriegsjahr an deutsche Gäste verfaßt wird, oder die fabelhafte „Bildung“ der „Hoteldirektion“. Erfreulicherweise hat unter Bewährromann auf die Benennung eines Gasthofes verzichtet, dessen Leiter sich ansehnend ihrer deutschen Muttersprache schämen.“

Wenn wir — wie gesagt — auch mit diesen, manchmal zur Lächerlichkeit dergeraten Vorschlägen der Verdeutschungsfreunde nicht einverstanden sind, so können wir dem Kern der Sache in vorstehender Notiz doch nicht widersprechen. Was das Hotel seinen Gästen anzubieten hat, kann es ohne jegliche Schwierigkeit in deutscher Sprache anpreisen. Wenn es das nicht tut, muß es wohl glauben, auf einen Teil seiner vornehmen Gäste Rücksicht nehmen zu müssen, die vielleicht meinen, in einem „Chambre“ besser zu wohnen als in einem Zimmer, oder denen ein „Souper“ besser schmeckt als ein Abendessen. Wie die Bewirtschaftung eines höflichen Gasthofes kam es uns aber vor, als wir jetzt in der „Deutschen Tageszeitung“ folgende Notiz lasen:

„Reiche Sammlung. Anlässlich der letzten großen Erfolge im Osten wurde von der Leitung des Hotels Fürst zu Stolberg in Schierke wiederum eine Sammlung veranstaltet, welche den Betrag von 1500 M. ergab. Diese Summe kommt den verwundeten Kriegern aus dem Osten zugute.“

Wir wissen, daß sich manche Leute selbst eine kleine Geldstrafe auferlegen für den Fall, daß sie noch einmal „Adieu“ sagten. Ein ähnliches Schicksal, das an den mittelalterlichen Brauch der Ablasszettel erinnert, scheint auch hier vorzuliegen. Wie sich unsere Sprachreiner damit abfinden, soll indes nicht unsere Sorge sein.

Ist das kein Wucher?

Diese Frage stellt unter Offenbacher Parteiblatt, anknüpfend an nachstehenden Vorkall: Der Metzger August Rebel aus Schaffenburg und der Rofler Engel aus Schaffheim hatten in der Nähe von Schaffenburg zwei Bullen zum Preise von 1700 M. eingekauft. Kurz darauf aber haben sie auf dem Viehmarkt dieselben Tiere für 2475 M. verkauft. Sie haben also auf einen Schlag 775 M. an zwei Tieren verdient, ohne erhebliche Ausgaben gehabt oder irgend welche besondere Arbeit geleistet zu haben!

Mit Recht verweist unser Parteiblatt darauf, daß hier einer jener Fälle vorliegt, gegen die nach den Verordnungen des Bundesrats mit der ganzen rücksichtslosen Schärfe des Gesetzes vorgegangen werden müsse. Und wir meinen, daß derartig wie in Frankfurt noch sehr häufig für die Wertuerung des Fleisches gefordert wird. Es wäre eine dankenswerte Aufgabe der Polizeibehörden, wenn sie ihr Augenmerk vor allen Dingen auf solche Vorgänge richten würden und recht viele Lebensmittelpredikatoren zur Anzeige brächten, als abschreckendes Beispiel für die anderen.

Explosion in einer Luftschiffhalle. In der Luftschiffhalle im Londoner Distrikte Wormwood Scrubs ereignete sich am Mittwoch, wahrscheinlich infolge des Entweichens von Gas, eine Explosion, durch die drei Personen getötet und zwanzig verletzt wurden.

Zwei Personen vom Blitz getötet. Durch Blitzschlag getötet wurden bei einem in Alt-Döberitz bei Regentwalde niedergegangenen Gewitter ein dort beschäftigter Kriegesgefangener Russe und der Knabe des Arbeiters Laes, die beide auf einem Gutshofe Schutz gesucht hatten. Ein zweiter Knabe in der Nähe kam mit dem Schrecken davon.

Schwerer Automobilunfall. Bei einer Automobilfahrt, die der Maschinenmeister der Elektrizitätszentrale in Wirtshaus unternahm, überlief sich der Wagen. Das vierjährige Söhnchen des Maschinenmeisters wurde auf der Stelle getötet, der Montieur und der Führer des Wagens erlitten lebensgefährliche Verletzungen.

Beim Rettungswerk ertrunken. In dem bei Hohenfalka befindlichen See ertrank ein auf Urlaub befindlicher Bootsmannsmaat bei dem Versuche, einige Kinder zu retten, die aus einem gekenterten Boot ins Wasser gestürzt waren. Die Kinder wurden gerettet.

Beim Edelweissuchen abgestürzt. Ein schweizerischer Soldat, der auf dem Pic Ruppuz Edelweiss suchte, stürzte von einer Felswand 50 Meter tief ab und blieb tot liegen.

Zu dem Bombenunglück bei Tisitz wird noch gemeldet, daß auch noch ein viertes Kind an den erlittenen Verletzungen gestorben ist. Die Verletzungen bei dem fünften sind ebenfalls schwer. Die Stelle, wo die Fliegerbombe lag, ist durch Holzsplitter besonders gekennzeichnet. Einwohner in der Umgebung pflegten unpreparierte Bomben als Kriegsgedenken nach Hause mitzunehmen. Rifitärischerseits soll jetzt dagegen strengstens vorgegangen werden.

Parteiveranstaltungen.

Charlottenburg. Eine Besichtigung des Deutschen Opernhauses findet am kommenden Sonntag, den 1. August, auf Veranlassung des Charlottenburger Bildungsausschusses statt. Zusammenkunft um 11^{1/2} Uhr im Volkshaus. Nachzügler können sich bis kurz vor 12 Uhr am Opernhaus einfinden. Die Einrichtungen des Opernhauses sind in technischer und künstlerischer Hinsicht das größte Interesse, so daß sich der Besuch, der unter sachmännlicher Führung stattfindet, zweifellos lohnen wird. — An diese Besichtigung wird sich eine Vortagung des Wasserturns auf dem See anknüpfen, die neben der technischen Belehrung eine weite Aussicht über den Grunewald, das Fabelgebiet und die ganze Umgebung

von Groß-Berlin bieten wird. Da sich daran Ausflüge in die Umgebung bequem anschließen lassen, darf auf eine zahlreiche Beteiligung der Mitglieder und ihrer Angehörigen wie namentlich auch der Jugendlichen gerechnet werden, zumal durch die Besichtigung für die Teilnehmer feinerer Kosten entstehen.

Mariendorf. Am Montag August bleibt die Bischofshof der Inwentur wegen geschlossen. Die Besoffen und Besoffenen werden ersucht, am Sonnabend, den 31. Juli, die geliehenen Bücher abzugeben.

Frauenveranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Dienstag, den 3. August: Vademartie nach Grünau-Mariendorf. Abfahrt vom Südlicher Bahnhof 9.40 Uhr früh, für Nachzügler nachmittags 3 Uhr. In Mariendorf Kaffeekochen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Einrück. S. IV. Fol. rechts, barriere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Vordruck und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen irage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und vergeltete Briefe werden in der Sprechstunde mit.

V. S. 2. Warten Sie ab, bis die Behörde sich an Sie wendet. Bestimmt haben Sie nichts. — Drehtische. Wenden Sie sich unter Schilddrüse des Sackpochs an die Ortskrankenkasse Berlin mit dem Antrag, Ihre Frau als versicherungspflichtiges Mitglied aufnehmen zu lassen. — Karl W. Unterleibsbruch: zum Landsturm ohne Waffe, Armierungstruppe brauchbar.

G. 2. 47. Vorgeht die Wohnung kündigen können Sie leider nicht. Erfolgt keine Einigung zwischen dem Wirt und Ihnen, so müssen Sie eine Klage abwarten. Haben Sie nicht unterschrieben, so würde das Verfahren für die Dauer des Krieges einzustellen sein: eine Exemption ist unzulässig.

G. 2. 12. Sind die Buchstaben von Ihnen richtig angegeben, so ist Ihr Mann für untauglich erklärt und wird nicht einberufen. Zweckmäßig wäre es, Sie kämen mit dem Schein in die Sprechstunde, weil die von Ihnen angegebenen Zeichen unvollständig erscheinen. — S. 93. Sie sind zur Zahlung solange nicht verpflichtet, bis Sie in bessere Verhältnisse kommen und Ihnen etwa dann das Armenrecht entzogen wird. Die Liquidation müßte Ihnen Ihr Anwalt zu Ihrer Kenntnis überbringen. — Alfred 41. Wird kein Testament gemacht, so würde die Frau ein Viertel und die Kinder drei Viertel des Nachlasses erben. Die Frau wird gesetzlicher Vertreter der Kinder. Zweckmäßig ist es, Sie machen ein wechselseitiges Testament.

Georg 20. 1. Die Klauktion bleibt für die Dauer der Dienstzeit hinterlegt. Beim Bezirkskommando wird sie angenommen. Die kriegsgetraute Ehefrau erhält dieselbe Unterhaltung für sich und ihr Kind wie jede andere Kriegervrau. 2. Unverhältnißlich; ein Vormund kann bestellt werden. Erkennt der Obmann bei der Trauung an, daß das Kind sein Kind ist, so ist es ein eheliches. — P. R. 58. 1. Leider zwingt das Gesetz den Wirt nicht zur Annahme von Katzenabgaben. Er kann auf Zahlung des gesamten Restes bestehen. Der Richter kann nur einen Zuschuß von drei Monaten geben. 2. Die Verpfändung der Sachen an den Bruder hat gegenüber dem Wirt keine Wirkung. Der Wirt geht vor. 3. Lohnbegünstigung kann nur in den Teil des Lohnes erfolgen, der 2000 Mark jährlich übersteigt. — S. 41. Sind Sie erst einmal gemustert, so ist eine zweite Musterung zulässig. Erst wenn diese zu demselben Resultat kommt wie die erste, würden Sie völlig frei sein. — Oberhörscheweide 100. 1. Der Portier würde im Fall der Klage recht bekommen. 2. Auch wenn Sie aus der Gemeinde verziehen, wird die Unterhaltung von der Gemeinde, die die Unterhaltung gezahlt hatte, weitergezahlt. — S. 24. Als Armierungssoldat, Landsturm ohne Waffe, tauglich. — G. 3. 100. 1. Einzug bei dem zweiten Bedarf für die Futurkategorie. 2. Ja. — P. R. 199. Als Inhaberin tauglich. — R. 3. Ja. — M. 4. Im Sommer 1913. — N. G. 36. Erziehen Sie den Vetter der Schöne um 100 M. Ihr Sohn jetzt bejagt. — S. R. 12. Sie können nichts Besseres in der Sache tun, als den Wünschen und dem Rat Ihrer Mutter zu folgen. — G. 20. 100 Oberhörscheweide und Bernau 100. Erklären Sie beim Verband der Schneider, Sebaltsstr. 37/38. — P. C. 14. Wie Sie in unserem Blatte vom 28. Juli unter Kriegselamtsnachrichten ersehen, sind Verbote für Junggejangene in Ausland nur über das neutrale Ausland möglich, also durch das Rote Kreuz in Kopenhagen. Für militärische Kriegselamtsnachrichten kann die Verbote wie bisher direkt erfolgen.

S. R. 26. Die Kriegszeit wird auf die aktive Dienstzeit angerechnet, und möglicherweise wird eine Verordnung ergehen, daß sie doppelt gerechnet wird. — P. R. 34. Sie haben ein Anrecht auf Rückzahlung eines Teiles der Beiträge. Den Antrag richten Sie an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Bismarckstr. 10, Hohenzollernbaum.

G. 5. Ausrede (Ausflucht, Einwendung), daß mehrere bei der Sache beteiligt seien. — H. R. 100. Dazu können wir nichts tun. — Frida Matern. Eine solche Beschränkung liegt wohl für den Befangenen, nicht aber für Sie vor. — C. S. 20. Unter Beschränkung einer polizeilichen Beglaubigung der Dringlichkeit an das stellvertretende Generalkommando desjenigen Armeekorps, zu dem der Betreffende eingezogen ist. Zunächst muß der Betreffende bei seinem Truppenteil um Urlaub nachsuchen. — C. M. T. 193. Nein. — Weidbrand. Sammlung (Söhne, Band 47/48, a 90 Pf., zu haben in der Buchhandlung Bornharts, Lindenstr. 3, gegen Einzahlung des Betrages. — G. G. 28. Kaufmännische Stelle des Kriegselamtsunternehmens, Dortheimstr. 38. — H. R. 35. Nr. 1 und 2 etwas später. Die Frage nach dem Preise erledigen Sie am besten buchhändlerisch. — S. R. 50. Verjährung (Ausflucht) nicht. — P. R. Die zweite sozialdemokratische Internationale setzte auf dem Pariser Kongress mit dem 14. Juli 1889 ein. — Bernau. Ja. — R. 8. 1. Ja. 2. Nein. — S. 300. 1. Das Testament würde gültig sein, wenn der Ort und der Tag der Errichtung über dem Testament stehen würde und wenn ferner das Testament des Prüselin A. von dieser von Anfang bis zu Ende selbst geschrieben und unterschrieben ist, und ebenso das Testament des Prü. N. von dieser mit Ort und Datum versehen und selbständig geschrieben und unterschrieben ist. 2. Das gültige Testament kann in der Wohnung verfertigt werden. — H. R. 35. 1. Wegen Verzögerung für dauernd untauglich erklärt. 2. Nein. — R. 12. Haben Sie nicht unterschrieben, insbesondere auch den Vertrag Ihres Vorgängers nicht, so würde nur ein mündlicher Nachvertrag vorliegen und, falls nichts anderes zwischen Ihnen und dem Hauswirt vereinbart ist, bei monatlicher Mietzahlung bis zum 15. zum 1. zu kündigen sein, bei vierteljährlicher Mietzahlung bis zum dritten Tage des Quartals zum Quartalschluß. — H. R. 67. 1. Es könnte eine Mietunterstützung gewährt werden, ein Recht darauf hätte Ihre Frau aber nicht. 2. In Ihrem Falle hätten Sie Anspruch auf Gehalt bis zum Schluß des auf Ihre Eingelung folgenden Monats.

Ämtlicher Marktbericht der kaiserlichen Marktschallendirektion über den Großhandel in den Zentral-Marktschallend. (Ehne Verbindlichkeit) Mittwoch, den 28. Juli 1915. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg. Ohlenfleisch Ia 110—122, do. IIa 95—110, do. IIIa 90—95; Bullenfleisch Ia 100—110, do. IIa 85—100; Rülze, fett 85—100, do. mager 78—85, do. häusliche 00—00, Pfeffer 85—90, Pfeffer, hell 00—00, do. häusliche, 00—00; Bullen, häusliche, 00—00. Rindfleisch, Doppelpacker 145—165; Kalbfleisch Ia 115—120, do. IIa 100—114; Rülze ger. gen. 75—95, do. häusliche 80—90, Hammelfleisch: Rastlämmer 130—138; Hammel Ia 125—129, do. IIa 115—124; Schafe 115—125; holl. 90—95; dan. 00,00. Schweinefleisch, Schmeine, fettes 00—00, do. häusliche 00—00. Gemüse, 130—135, do. schwedische 130—135, do. holländische 00—00. Getreide, 130—135; Kartoffeln, Riesen, 50 kg 9—9,50, meißle Kaisertrumen 8—9, Magdeburger, blaue 9,00—10,00. Sellerie, Schaf 2,40—3,50. Porree, Schaf 1,25—1,50; Spinal 50 kg 12,00—16,00; Meerrettich, Schaf 6,00—12,00; Petersilienwurzel, Schaf 4,00—6,00; Radieschen, Schaf 1,25—1,50; Rhabarber, hiesiger 100 Bund 4,00. Tomaten, Geringer 50 kg 45,00 bis 65,00. Zwiebeln, neue 50 kg 30—25. Salat, Schaf 2,00—4,50. Rettiche, bayerische, 100 Stück 10—15, da. hiesige Schaf 2—3. Kohlrabi, Schaf 0,80—2,00. Schoten, hiesige, 50 kg 35,00—40,00. Röhrrüben, Schaf 3,00—4,00, do. 50 kg 9—11,00. Beizkohl, Schaf 7—16; do. 50 kg 7—8. Rottkohl, Schaf 8—16; do. 50 kg 8—9. Wirsing, Schaf 8,00—10,00. Röhrrüben, Schaf 4,00—8,00. Grüne Bohnen, 50 kg 20—35. Dörr- und Schilfrüchte: Rirschen, Werberische 50 kg 0,00, do. schlesische 50 kg 14,00—20,00, do. Knupper 50 kg 25,00—35,00, do. Jahre 50 kg 12,00—24,00, do. Thüringer 50 kg 18—22, do. Ratten 50 kg 30—40. Äpfel, Amerikaner, Rülze 25—30. Äpfel 30—38, hiesig 50 kg 16—20. Birnen, Troler 50 kg 30—32, hiesig 14—25. Pfäunen, hiesige 50 kg 37—40. Blausche, hiesige 50 kg 40—80. Stachelbeeren, reife 50 kg 15—25. Johannisbeeren 50 kg 15—25. Blaubeeren 50 kg 18—24. Himbeeren 50 kg 40—50. Zitronen: Preisina 300 Stück 20—32, do. 300 Stück 23—29, do. 150 Stück 12—14, do. 50 Stück 12—15, do. 100—200 Rülze 18—19, Naranja 160 Rülze 14—16, do. 200 Rülze 12—20, do. 300 Rülze 20—24, do. 300 kg 25—28.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmittag. Zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig, mit öfter wiederholten, besonders im östlichen Rückengebiete ziemlich starken, sonst schwächeren Regenfällen. Temperaturen wenig verändert.

Buchdrucker u. Verlagshaus Paul Singer & Co., Berlin SW.